

Der Grundstein

Wochenblatt des Deutschen Baugewerksbundes

für Werkmeister, Gesellen, Lehrlinge und Hilfsarbeiter in Maurer-, Beton- und Tiefbaubetrieben, in der Kachel-, und Steinzeugindustrie, in Schießentpfehlern und Glasereien, in Püger- und Stuckbetrieben, für Asphaltierer und die Arbeiter im Straßenbau, Hölzerer, Fliesenleger, Ofenseger, Steinholz- und Terrazzoarbeiter

Erscheint wöchentlich Sonnabends, Monats- bezugspreis 1.- RM. (ohne Bestellgeld). Bestellungen nur durch die Post. Schluß des Blattes Montags früh.

Herausgeber: Deutscher Baugewerksbund

Berlin SW 68, Friedrichstr. 5-A. Fernspr.: 2 700 Hoff 7650, 7651, 6240. Postfach. Berlin SW 232.

Kontanto: Bank der Arbeiter, Angestellten und Beamten, Berlin S 14, Deutscher Baugewerksbund, Zentrale, Geschäftsbereich nach Tarif durch „Bertha“, Berlin SW 11.

Die Bauarbeiterlöhne vor der zentralen Schiedsstelle.

Vom 24. bis zum 27. März, frühmorgens 6 1/2 Uhr, wurde im Reichsarbeitsministerium zu Berlin vor der zentralen Schiedsstelle über die Ecklöhne in sämtlichen Lohnbezirken verhandelt. Als Unparteiliche waren vom Reichsarbeitsminister berufen: Herr Regierungsrat a. D. Dr. Braun, Dortmund; Herr Ministerialrat Gasteiger aus dem bayerischen Staatsministerium, und Dr.-Ing. Stenzel, Hamburg. Diese Herren und je vier Vertreter aus beiden Parteien bildeten die zentrale Schiedsstelle. Es war beschlossen worden, die Parteien aus allen Bezirken zunächst anzuhören und dann über die Ecklöhne in den Bezirken innerhalb der Schiedsstelle hintereinander zu beraten und zu beschließen. Am 26. März nachmittags war auf diese Weise der erste Teil der Verhandlungen abgeschlossen, die Parteien aus allen Lohnbezirken waren zum Wort gekommen. Dann beriet die Schiedsstelle allein; in den Morgenstunden des 27. März konnte das Ergebnis der Verhandlungen, das wir weiter unten im Wortlaut veröffentlichten, protokolllarisch festgelegt werden.

Die Unternehmeryndizi und ihre „Gründe“.

Selten ergriß während der dreitägigen Auseinandersetzungen ein leibhaftiger Unternehmer das Wort. Wenn das geschah, dann klang, wenn auch schwach, aus seinen Worten etwas Neuliches wie ein gelindes Verständnis für die Belange auch der Bauarbeiter. Nur ein dürftig dreinschauender Unternehmer hatte gleich den Syndizi in dieser Richtung nichts zu melden. Jedoch die eigentlichen Wortführer waren die Syndizi. Und die arbeiteten sämtlich nach zurechtgemachter Schablone, in den Grundzügen jedenfalls eingetrickert durch die Zentrale, nachdem einer ihrer Hauptlinge, Herr Dr. Claus, das Stichwort gegeben hatte. Fast alle Syndizi erklärten während der Auseinandersetzungen ihr inniges Einverständnis mit den Ausführungen dieses Herrn, der für sich eine Art „Generaldebatte“ eingeliefert und zugleich auch abgeschlossen hatte. Herr Claus hatte nämlich den unfairen Geschmack, obwohl beschlossen war, sofort in die Bezirksverhandlungen zu steigen, den Reigen der Wortgeschäfte mit einer „programmatischen“ Rede einzuleiten. Der Zweck der Uebung war, bei den Unparteilichen Eindruck zu schinden. Die Rede selbst brachte nichts Neues, sie war dem Arsenal reaktionärer „Volkswirtschaft“ entnommen. Herr Claus brachte die alten Ladenhüter vor, die wir bereits im Ueberflut aus der Unternehmerpresse kennen. Die Bauwirtschaft liege schwer danieder, Ende Dezember 1930 habe es rund eine Million arbeitsloser Bauarbeiter gegeben. Die Arbeitslosen belasteten die Wohlfahrtskassen. Der Wohnungsbau könne sich auch nur noch renkieren, wenn die monatliche Miete für eine Arbeiterwohnung 20 bis 40 M befrage. Folglich müßten die Bauherstellungskosten gesenkt werden. Ueber die notwendige Senkung des Zinsfußes glitt Dr. Claus aalglatt hinweg; er berührte auch nur oberflächlich die Tatsache, daß die Kapitalbesitzer bemüht sind, ihr Geld im Auslande anzulegen. Der Lohnanteil an den Bauherstellungskosten „von 30 bis 50%“ sei sehr bedenkend. Die Materialpreise seien gesenkt, folglich käme nunmehr in Frage, auch die Löhne zu senken. Die Löhne im Baugewerbe seien „überhöht“. Man könne nur den Lohn zahlen, der „möglich“ ist. Das Jahreseinkommen komme hierbei nicht in Betracht, sondern nur der effektive Stundenlohn. Die Bauwirtschaft sei nur „anzukurbeln“ durch Preislenkung, der Lohn dürfe nur als Gegenwert für geleistete Arbeit betrachtet werden. Die Stundenlöhne der Bauarbeiter ständen höher als die anderer Industriearbeiter. Um den übrigen Löhnen in der Industrie gleichzukommen, müsse der Lohn im Baugewerbe um 27,5% gesenkt werden. Der Herr erzählte dann, in welcher Weise die Löhne im Baugewerbe in den letzten Jahren gestiegen seien. Der Lohnabbau sei nicht gefährlich, man beobachte, daß sich die Preise allmählich dem Lohnabbau anpassen. Es käme auch in Betracht, daß sich die Bauarbeiter billiger als zum Tariflohn anböten. Man rede über Monopole der Kartelle; das stärkste Monopol sei aber das Lohnmonopol, das gebrochen werden müsse. Der Herr erzählte ferner von der Konkurrenz der Gemeinden durch Ausführung von Regiearbeiten. Er vergaß dabei mitzutellen, daß unter solchen Umständen die Bauunternehmer, wenn dies verallgemeinert würde, samt ihrer Syndizi überhaupt überflüssig wären. Und in der Tat, wir können uns sehr gut die Bauwirtschaft denken ohne Bauunternehmer, nicht

aber ohne Bauarbeiter. Herr Dr. Claus zitierte auch eine Rede des Reichsarbeitsministers in Köln vom 5. November 1930, wonach heute weniger denn je eine starre Lohnpolitik am Platze sei. Würden die Löhne gesenkt, dann gäbe es eine Million Arbeitsloser weniger. Das Baugewerbe sei ein Leistungsgewerbe, es hänge vom Auftraggeber ab. Der langen Rede kurzer Sinn war: Die Löhne im Baugewerbe müssen rapid gesenkt werden! — Diese „programmatische“ Rede des Herrn Claus sollte, wie schon bemerkt, auf die Unparteilichen ganz besonderen Eindruck machen. Ihm wurde von der Arbeiterseite kurz und treffend geantwortet. Aber wie Herr Claus sprach, so sprachen auch die übrigen Syndizi. Es war immer dieselbe Walze, hin und wieder aus eigenem ergänzt, wobei von Scharfsinn absolut nichts zu merken war. Man wunderte sich, daß Leute, die 16 Jahre und länger die Schulbank gedrückt haben, im allgemeinen so wenig Intelligenz anzubringen vermögen! Sie haben nur gelernt, die deutsche Sprache zu beherrschen, aber von besonderem Geschick oder von weitertreffendem Forschergeist, der sich bemüht, den Kern der Dinge zu meistern, ist bei ihnen nicht die Rede. Immer wieder die selbe ausgeleierte Walze! Ausgegangen wurde von den Löhnen der Vorkriegszeit und dann nachgewiesen, daß sie im Gegenatz zum Index weit höher geklettert seien als die Leuerungsziffer. Dann wurde der Index selbst durchgehocht und oftmals in durchaus fragwürdiger und sinnentstellender Weise „ergänzt“. Ferner wurden die Industrielöhne ins Feld geführt, um daran zu beweisen, daß die Bauarbeiterlöhne „weitaus überhöht“ seien. Dann kam die schlechte Bauqualität dran und schließlich das Gejammer, daß sich die Bauarbeiter unter Tarif anböten. Die bisherige Lohnpolitik sei falsch; wenn man die Bauwirtschaft „ankurbeln“ wolle, dann müsse der Lohn in der von Dr. Claus angegebenen Weise gesenkt werden. Diese Syndizi, zum Teil noch recht jugendliche Gestalten, verlangten ganz kasschnäuzig in allen Fällen, die zentrale Schiedsstelle müsse den ursprünglich von den Unternehmern geforderten Lohnabbau bestätigen. In den Menschen, in diesem Falle an den Bauarbeiter und seine Familie, wurde bei allen diesen „tiefergründigen“ Ausführungen in keiner Weise gedacht! Und alle Syndizi behaupteten, ausgerechnet in ihrem Tarifgebiet lägen die wirtschaftlichen Verhältnisse besonders prekär, weshalb der Lohn unbedingt ganz rapid gesenkt werden müsse. So bestand der junge Mann der Unternehmer aus Frankfurt a. M. ganz unverföhren auf 25% Lohnabbau; der Syndikus von Hanau ging noch darüber hinaus. Und das selbe Lied hörten wir von jedem Syndikus, ob im Tarifamt ein Spruch zustande gekommen war oder nicht; ja, selbst wenn die Unternehmer einem der in den Tarifämtern gefällten Schiedsprüche zugestimmt hatten, erklärten sie dies für hinfällig und bestanden auf Aufrechterhaltung der ursprünglichen Lohnabbauforderung. So wurde denn überall ein Lohnabbau bis zu 40% und mehr gefordert. Die Preise der Baustoffe seien heruntergegangen, aber noch niemals hätten die Arbeiter gesagt, sie wollten nunmehr auch mit den Löhnen heruntergehen. Das Baugewerbe sei keine Kompensationsanstalt für die Arbeiterlosigkeit. Interessant wirkte ein junger Mann aus Walleck, eine Chaplin-Figur, soeben dem Friseurladen entstrungen und absolut nicht angekränkel von irgendwelchem Empfinden für die sozialen Belange der Arbeiterschaft; unbekümmert um jeden Einwand der Gegenseite beharrte er wie Schylock auf seinem Schein auf Lohnabbau. Ein Herr aus Westfalen erklärte mit tiefgründiger Emphe, die Arbeiter betrieben nur Arbeitsmarktpolitik, die Unternehmer dagegen Arbeitsmarkt- und Wirtschaftspolitik. Als ob Arbeitsmarktpolitik nicht auch Wirtschaftspolitik wäre! Der Herr erklärte weiter, jetzt fühlten sich die Arbeiter „am Ende ihres Latens“, aber die Unternehmer wollten „neue Wege“ weisen. Die Altmwohnungen müßten repariert werden. Das gehe zu machen mit niedrigen Löhnen. Immer wieder war der Weisheit letzter Schluß: Wird der Lohn gesenkt, dann ist im Baugewerbe Arbeit in Hülle und Fülle vorhanden. Der Syndikus aus dem Rheinland bekam es sogar fertig, vor der zentralen Schiedsstelle die verrückten Lohnabbauanträge um 43,5% zu vertreten. Ein Herr aus dem Musterlande Baden verlangte „nur“ 28% Lohnabbau beim Facharbeiter, von dort 17% für den Bauhilfsarbeiter und von dort aus zum Tiefbauarbeiter 15%, alles in allem also eine Spanne von Facharbeiter

bis zum Tiefbauarbeiter von 60%! So etwas schiffelt man aus dem Handgelenk. Ja, dieser Herr aus Baden bekam es sogar fertig, zu erklären, daß sich manche Bauarbeiter bereits umsonst zum Arbeiten angeboten hätten. Und im übrigen habe dort jeder Bauarbeiter sein Häuschen und seine Kuh, so daß er herrlich und in Freuden lebe. Da fragt man sich doch, ob denn unter solchen Umständen die Mieten nicht gesenkt werden könnten! Der Baukostenindex hat sich gesenkt, die Arbeiter bieten sich zur Arbeit umsonst an, sie werden schließlich auch noch dazu übergehen, Geld zuzuzahlen, um nur der Gnade der Arbeit kühnhaftig zu werden — trotzdem merkt man nichts von einem Herabgehen der Wohnungsmiete! Irgend etwas muß doch da faul sein im Staate Dänemark! Auch der bayerische Syndikus verlangte 28 bis 45% Lohnabbau; der für Bayern gefällte Schiedspruch sei nur ein „sogenannter“ Schiedspruch. Dann erzählte der kleine runde Herr etwas von dem „rechtskundigen Rechtsrat“ Schmid; nach dieser Deduzierung mag es wohl auch rechtsunkundige Rechtsräte geben. In „wunderbarer“ Weise verstand es der Syndikus aus Würtemberg, die dort geforderten 28% Lohnabbau zu begründen. Im Jahre 1925 sei innerhalb von vier Monaten der Lohn um 30% gestiegen worden. Und dann wirbelte der Herr mit Zahlen umher, daß einem angst und bange werden konnte. Doch schon Goethe sagt: Mit Zahlen läßt sich trefflich streiten, aus Zahlen ein System bereiten. Auch dieser Herr erzählte, die meisten Bauarbeiter seien kleine Landwirte. Und schließlich zog dieser sonderbare Zeitgenosse auch die Gehaltsabbauanträge unserer Mitglieder zu unserem Bundestag in Frankfurt a. Main aus der Schublade, um daran mit Behagen nachzuweisen, daß auch die Bauarbeiter für Lohnabbau Verständnis hätten. Dem Unternehmervertreter für Sachsen konnte nachgewiesen werden, daß er eine nach seinem Geschmack zurechtgestrichene Aufmachung der Löhne in den Grenzbezirken der zentralen Schiedsstelle vorgelegt habe. Der Syndikus für Thüringen erklärte, der Hochbauverband Thüringen habe die Tarifamtverhandlungen sabotiert, weil der frühere Tarif nicht für allgemeinverbindlich erklärt worden sei. So ist's richtig! Zuerst alle Hebel in Bewegung setzen, um die Allgemeinverbindlichkeit zu hintertreiben, um dann damit den Lohnabbau zu begründen! Diesen braven Syndizi muß doch alles zum besten dienen! Und der Vertreter für Sachsen-Anhalt erklärte, die 15% Lohnabbau, die der Tarifamtsschiedspruch vorsehe, könnten nur als „Etappe“ im Lohnabbau erklärt werden. Der Mann hat große Röschen im Kopf! Der Herr aus Bielefeld fand alles in jener Gegend „furchtbar“ billig. Er bestand auf einem Lohnabbau, der bis zu 44,3 je Stunde hinabklettert, und erklärte ebenso weisheitsvoll wie kasschnäuzig, der Arbeiter müsse sich eben damit abfinden, wenn er keine Arbeit findet. Punktum! Was gehen uns die Arbeiter an, die Hauptsache ist, daß die Bauunternehmer und ihre Syndizi ihr gutes Auskommen haben! Auch der Syndikus aus Hamburg mag erwähnt werden, allerdings nur insofern, als er eine Miene herausstoderte, die nicht etwa auf ernste Dinge zugeschnitten war, sondern das stereotype Lächeln zeigte, das man in solchen Kreisen bei einem five-o'clock-Tea zur Schau trägt. Für Pommern und Ostpreußen mußte die Osthilfe herhalten, nicht etwa, um auch den Arbeiter, sondern vor allen Dingen den Unternehmern zu helfen. Recht „gefühlvoll“ gab sich der Herr aus Mecklenburg. 40% der mecklenburgischen Bauarbeiter seien im vorigen Jahre arbeitslos gewesen. Dieses Elend sei nicht mehr mit anzusehen; man müsse die Löhne senken, dann würden auch diese 40% jedenfalls in Arbeit kommen. Doch genug davon! Es genügt, am Rande nochmals zu bemerken, daß die Walze aller Unternehmeryndizi gut eingeschmiert war, und zwar mit dem von Dr. Claus im voraus gependeten Schmieröl. Sie sind die jungen Männer ihrer Chefs und arbeiten nach der einfachen Schablone: Alles, was den Arbeitern schadet, nützt den Unternehmern! Schließlich betreiben diese Herren ja auch nur ihr Geschäft; sie sind die Handlanger ihrer Auftraggeber und haben deren Belange — öfters mehr schlecht als recht — zu vertreten.

Unsere Vertreter.

Die Vertreter der Arbeiterorganisationen blieben den wohlpomadierten Reden der Unternehmeryndizi nichts

schuldig. Sie wandten sich in der Hauptsache an die drei Unparteiischen und erklärten ihnen vor allen Dingen die besonderen Verhältnisse, unter denen man die im Baugewerbe Beschäftigten betrachten müsse. Ein Vergleich mit den Löhnen in anderen Industrien sei abwegig, weil der Bauarbeiter unter ganz anderen Verhältnissen leben müsse. Seine Arbeitsstelle wechselt naturgemäß, er braucht mehr Fahrgehalt, er hat mehr Kleiderverschleiß, er erhält keinerlei Sozialzulagen, er hat zum Teil keinerlei Ferien, er fährt vielfach durch den Wechsel der Arbeitsstelle einen doppelten Haushalt, im Tiefbaugewerbe ist der doppelte Haushalt zur Regel geworden. Der Bauarbeiter ist nicht wie ein Fabrikarbeiter normalerweise sechs Tage in der Woche beschäftigt, er muß vielfach wegen Regen mitten im Sommer und vor allem auch im Winter wegen ungünstiger Witterungseinflüsse aussetzen. Ausgewiesen wurden die jämmerlichen Jahreseinkommen von Bauarbeitern aus dem Jahre 1930, die, in sorgfältiger Weise ausgearbeitet, zum Vortrag gebracht wurden. Es wurde auch öfters nachgewiesen, daß die durch die Syndikate zitierten früheren Löhne falsch waren. Die schlechte Bauqualität sei nicht abzuleugnen, jedoch dürften gerade von diesem Gesichtspunkt aus die Löhne im Baugewerbe nicht abgebaut werden. Und wenn man hier vielfach mit Empfindlichkeit ausgeführt habe, die Arbeiter bösen sich unter Tariflohn an, so seien es vielfach gerade die organisierten Unternehmer, die solchen Tarifbruch begünstigten. Das sei ein besonderes Gemälde, das die „Vertragsstreue“ der Unternehmer sehr merkwürdig darstelle. Dem Syndikus für die Pfalz wurde sogar nachgewiesen, daß er unternehmerische Tarifbrüche vor dem Arbeitsgericht vertrete. Darin sehen diese Herrschaften etwas Erlaubtes, sie merken gar nicht, daß sie den Mantel nach verschiedenen Seiten hängen. Von anderen Rednern wurde den Herren ganz unzweideutig plausibel gemacht, daß ihre Lohnabbauanträge noch mancherlei böse Früchte zeitigen würden. Dann mögen aber die Unternehmer selbst die Suppe auslöffeln, die sie sich jetzt einzubrocken bemüht sind. Es wurde ferner auf die weitaus vermehrte Arbeitslosigkeit des einzelnen Arbeiters gegenüber der Vorkriegszeit hingewiesen und demonstriert, daß, am Ende gemessen, sich heute der Kubikmeter Mauerwerk im Arbeitslohn billiger stelle als in der Vorkriegszeit. Man sagte den Unternehmern sehr deutlich, sie dürften nicht erwarten, daß die Arbeiterklasse auch fernerhin für billigere Löhne eine größere Arbeitsleistung ausführen würde. Das lasse ein solcher Hungerlohn vielfach nicht mehr zu. Zu einer gesteigerten Arbeitsleistung gehöre auch gesteigerte Kraft, und die sei nicht zu erwerben durch anhaltende Arbeitslosigkeit und Hungerlöhne. Interessant war, daß ein Arbeitervertreter erklären konnte, ein bedeutender Unternehmer in Hannover habe ihm erst am gleichen Tage früh erklärt, Lohnabzüge im Baugewerbe seien Wahnsinn, es werde deshalb kein Stein mehr vermauert werden. Der Mann hat recht. Die Belebung der Bauwirtschaft hängt von ganz anderen Faktoren ab als vom Lohnabbau. Es wurde auch nachgewiesen, daß das Geschäft über untertarifliche Arbeit weitaus übertrieben sei. Auch das Jonglieren der Syndikate mit dem Index wurde in treffender Weise auf das richtige Maß zurückgeschraubt. Dem Ausspruch Dr. Stegerwalds in Köln wurden andere Aussprüche dieses Ministers entgegengesetzt, vor allem der, daß am Reallohn der Arbeiter nicht gerüttelt werden dürfe. Jedenfalls denken unsere Vertreter den Herren Syndikate nicht die Bohne. Vielfach konnte man beobachten, daß die Herren, wenn man ihnen Uebertreibungen oder offene Unwahrheiten nachwies, dafür nur ein verlegenes Lächeln und schließlich auch nur ein belangloses Stammeln übrig hatten.

Die Entscheidung.

Am 26. März, nach 2 Uhr nachmittags, war dann der Redestrom beider Parteien erschöpft. Alle Tarifgebiete waren zum Wort gekommen. Nunmehr trat die zentrale Schiedsstelle zusammen, um zunächst allgemein in der Lohnfrage zu verhandeln und dann auf die einzelnen Gebiete einzugehen. Wir können aus diesen Verhandlungen im einzelnen nichts mitteilen, da wir nicht dabei waren. Jedenfalls hat man bis zum anderen Tage, 6 1/2 Uhr morgens, gefast — oder vielmehr genächtigt — bis das Ergebnis bekanntgegeben werden konnte. Es wurde folgendes Protokoll verkündet:

Protokoll zur Verhandlung am 27. März 1931.

- Die Löhne der Maurer befinden sich am Ende dieses Protokolls. Die Löhne von Frankenberg, Wüstenhausen, Hann.-Münden werden in dem gleichen Ausmaß des Tarifvertrages für Kassel errechnet.
- Die Löhne der Tiefbauarbeiter bestimmen sich im gleichen Verhältnis, wie die Löhne der Facharbeiter durch die Schiedsprüche gegenüber den bisherigen Löhnen verändert sind, mit der Maßgabe, daß die Tiefbauarbeiterlöhne für Westdeutschland (Essen) auf 74,3 und für Rheinland (Köln) auf 80,3 festgesetzt werden.
- Die Löhne der Maschinisten I. Klasse werden nach der gleichen prozentualen Spanne zum Facharbeiterlohn bemessen wie bisher.
- Die Löhne des Maurers betragen im einzelnen für:

Hessen/Hessen-Nassau (Frankfurt)	122
Hessen/Hessen-Nassau (Hanau)	120
Mainkanal	99
Nahengebiet (Kreuznach)	115
Kassel	114
Kassel (Waldeck)	97
Sieg-Lahn (Siegen-Marburg)	105
Sieg-Lahn (Siegen)	100
Westdeutschland (Essen)	115
Rheinland (Köln)	121
Baden (Unterbaden)	120
Baden (Mittel- und Oberbaden)	116
Pfalz	115

Bayern	124
Württemberg	119
Provinz Sachsen-Anhalt (Halle)	116
Provinz Sachsen-Anhalt (Magdeburg)	119
Freistaat Sachsen (Leipzig)	125
Freistaat Sachsen (Dresden)	123
Freistaat Sachsen (Ortsklasse I)	118
Thüringen	113
Ostthüringen (Gera)	104
Nordwestdeutschland (Hannover)	118
Braunschweig	117
Unterweser-Emsgebiet (Bremen)	128
Norden (Hamburg)	144
Minden-Lippe (Bielefeld)	116
Groß-Berlin	141
Brandenburg (Frankfurt a. d. O.)	98
Orenzmark Posen-Westpr. (Schneidemühl)	97
Mecklenburg	103
Pommern (Ortsklasse I)	105
Stettin	119
Ostpreußen	109
Niederschlesien (Breslau)	116
Niederschlesien (Grünberg)	92
Niederschlesien (Görlitz)	104
Niederschlesien (Glatz)	90
Oberschlesien	97
Oberschlesien (Ottmachau)	98

5. Bei der Ermittlung aller Löhne nach Prozenten von den Ecklöhnen aus werden Bruchteile bis 0,49 nach unten, von 0,5 aufwärts nach oben auf volle Pfennige abgerundet.

6. Der Lohn für die im Vertrag für den Mittellandkanal aufgeführten einzelnen Kilometerstrecken regelt sich in demselben Verhältnis wie bisher zu den Vertragsgebieten Braunschweig, Nordwestdeutschland und Sachsen-Anhalt. Die Festsetzung der Löhne ist Aufgabe des zuständigen Bezirksarbitrariums (Braunschweig).

7. Der Zimmererlohn bleibt im bisherigen Verhältnis zu den Maurerlöhnen.

8. Die Erklärungsfrist gemäß Ziff. 3 der Vereinbarung vom 26. Februar 1931 endet am Sonnabend, dem 4. April 1931, vormittags 10 Uhr.

Berlin, den 27. Februar 1931.

gez. Dr. Ing. Stenzel. Dr. Brahn. Oastteiger.

Diese Lohnabelle, die fortan geltende Richtschnur sein soll für die Epochenlöhne in den einzelnen Tarifgebieten, steht nunmehr etwas vernünftiger aus; von den unverschämten ursprünglichen Lohnabbauforderungen der Unternehmer steht darin nichts mehr. Nach diesen Entscheidungen beträgt der Lohnabbau an niedrigster Stelle 7,5%, an höchster Stelle 11,5%. Große Lohngebiete, wie Groß-Berlin und Hamburg, sollen 7,8 und 7,7% Lohnabbau hinnehmen. Am stärksten fällt der Lohnabbau auf in Westdeutschland, wo der Spruch des Tarifamts um nur 1,3 aufgebessert wurde.

Wir bleiben nach wie vor auf unserem Standpunkt bestehen: Jeder Lohnabbau im Baugewerbe ist ein soziales Unrecht und ein wirtschaftlicher Unsinn! Dieser unsinnige Lohnabbau wird nur betrieben, weil eine von der Reichsregierung begünstigte Lohnabbauorganisation eingegriffen ist, die nunmehr mit fieberhafter Gewalt auch die deutschen Bauunternehmer ergriffen hat. Man will den Arbeitern die Löhne kürzen, man tut dies seit einer Reihe von Monaten allgemein und glaubt wahrscheinlich, daß nunmehr die Arbeiterklasse besser als früher in der Lage sei, teure Wohnungsmieten zahlen zu können. In der Aera des Lohnabbaues ist die Zahl der Arbeitslosen in Deutschland auf fünf Millionen gestiegen. Das ist die erste sichtbare Folge der Lohnabbauorganisation. Im übrigen haben nunmehr zu den Entscheidungen der zentralen Schiedsstelle die Vertreter unserer Bezirke das Wort!

Der neue Reichstarifvertrag für das Baugewerbe und unsere Lohnbewegung vor dem Bundesbeirat.

Unser Bundesvorstand hatte den Bundesbeirat zum 23. März nach Berlin berufen, um in der Hauptsache Stellung zu nehmen zu dem nunmehr in seinen Hauptteilen fertig vorliegenden neuen Reichstarifvertrag für das Baugewerbe und zur Lohnbewegung. Zunächst widmete jedoch der Bundesvorsitzende, Kollege Bernhard, dem am 20. März verstorbenen Vorsitzenden der Sozialdemokratischen Partei, Genossen Hermann Müller, einen warm empfundenen Nachruf, den die Konferenz stehend anhörte, damit zugleich das Andenken des Verstorbenen gebührend ehrend. — Dann machte der Vorsitzende einige geschäftliche Mitteilungen. Der finanzielle

Stand des Bundes

Stand des Bundes unter den wirtschaftlichen Unbilden. Die Ausgaben des Bundes haben seit dem Winter 1929/30 bis heute einen hohen Stand erreicht, sie haben die Einnahmen stark überflügelt. Obwohl bisher keine Ursache zur Beunruhigung vorliegt, müsse dennoch die Ausgabenliste des Bundes starke Beachtung finden. Auch der Stand der Baugewerkschaftskassen hat unter der Krise gelitten. Trozdem müsse darauf gesehen werden, daß die Ausgaben des Bundes nicht vernachlässigt werden; es müssen von unserem Bunde alle ihn anfallenden Bundes- und Gewerkschaftspflichten erfüllt werden. Die Wanderkarten sollen ausgestellt werden nicht nur von der Heimat-Baugewerkschaft, sondern auch von Baugewerkschaften, wo sich das Mitglied, das eine solche Karte anfordert, zufällig befindet. Die Streitigkeiten über Abschluß von Tarifverträgen für Wohlfahrts- und Fürsorgearbeiter sind in leidlicher Weise beigelegt worden. Ein Bauarbeiterkongress soll auf Beschluß des Vorstandes vom 19. März abgehalten werden in Berlin am 8. und 9. Juni. — Anschließend berichtete Kollege Otto über den Abschluß eines Reichstarifvertrages für den Straßenbau. Im ganzen betrachtet bedeutet der Vertrag einen Vorteil für die davon erfaßten Arbeiter und Kollegen.

Die Aussprache ergab Einverständnis mit den Maßnahmen und Vorschlägen des Vorstandes. Auch dem Abschluß des Reichstarifvertrages für den Straßenbau wurde zugestimmt. Hierauf sprach Kollege Bernhard über

die Reichstarifverhandlungen.

Der neue Reichstarifvertrag ist nunmehr einem Redaktionsauschuß übergeben worden. Einige Kleinigkeiten und Formalitäten wären noch zu bereinigen. Es wird noch längere Zeit währen, bis der Vertrag in seiner endgültigen Fassung vorliegt. Die Bezirkskonferenzen werden deshalb jedenfalls erst kurz vor Ostern darüber entscheiden können. Zum neuen Vertrag selbst sei zu sagen, daß er gegenüber dem früheren Vertrag eine Anzahl Verschlechterungen enthält. So soll, wenn die Entlassungspapiere nicht sofort mit dem Lohn ausgehändigt werden, dem Arbeiter nur noch auf Verlangen eine Bescheinigung über die Papiere, die im Besitz des Unternehmers verbleiben, ausgestellt werden. Im § 4, Ziffer 2a, soll ein Nachtarbeitszuschlag nur vereinbart werden dürfen für Arbeitsstunden zwischen 12 Uhr nachts und 5 Uhr morgens. Bei Ziffer 5, Satz 2, ist die Rann-Bestimmung beseitigt, Mehraufwendungen an Fahrgehalt sollen jedoch vergütet werden. Im § 5 ist die Vollarbeitsgrenze auf das vollendete 20. Lebensjahr hinausgeschoben worden. Der zweite Satz in Ziffer 5 soll fortfallen. Das Wort „ununterbrochen“ in der Ziffer 6 soll noch durch eine Fußnote ausgelegt werden. Bei Ziffer 7, Absatz 2, wird hinter dem Wort „Zementarbeiter“ eingefügt: („Wieger, Flechter“). Ferner fallen in Absatz 3 der

gleichen Ziffer die beiden letzten Ausnahmen für erhöhten Lohn fort. Im übrigen soll über eine Vereinfachung und Vereinheitlichung des Zuschlagswesens in den Bezirken eine Einigung versucht werden. Die bestehenden Zuschläge sollen nur vermehrt werden, wenn dies außerordentliche Umstände erfordern. Zur Ziffer 10 steht die genaue Fassung noch nicht fest. Die Parteien sind sich jedoch darüber einig, daß die im § 2 der Lohn- und Arbeits-tarife festgesetzten Löhne bis zum 2. März 1932 gelten sollen. Die Ausnahmen in der Ziffer 11a, unter denen dem Arbeiter ein Lohnausfall zu zahlen ist, sind etwas eingeeengt worden. In Ziffer 14 heißt es jetzt, daß zur Austragung von Lohnstreitigkeiten aus den bezirklichen Lohn- und Arbeitstarifen, solange der Bau dauert, das Arbeitsgericht zuständig ist, in dessen Bezirk der Lohnanspruch entstanden ist. In den anderen Fällen ist das Arbeitsgericht zuständig, in dessen Bereich die Baufirma oder die für die Baufirma zuständige Niederlassung ihren Sitz hat. Im § 6 (Lehrlingsbestimmungen) war es trotz allen Bemühens nicht möglich, die Bezahlung der Schulstuden und der Zeit für die Schulwege aufrechtzuerhalten. Jedoch wollen dafür die Unternehmer ihre sämtlichen Mitgliedsverbände und Einzelmitglieder anweisen, daß bei Neuabschlüssen von Lehrverträgen in der Frage des Lehrgeldes eine maßvollere Haltung eingenommen wird; insbesondere soll Lehrgeld in Gegenden nicht eingeführt werden, wo es bisher nicht gezahlt wurde. Falls das kommende Berufsausbildungsgesetz die Bezahlung der Schul- und Wegekosten vorschreiben sollte, soll dies auch für das Baugewerbe gelten. In der Frage der Betriebsvertretung ist zwar die Delegiertenzahl etwas beschränkt worden, jedoch wurde im übrigen manche klarere Fassung bei verschiedenen Bestimmungen durchgesetzt. Seit unstritten waren auch die Ferienbestimmungen. Die Unternehmer wollten die Ferien nicht mehr gewähren. Schließlich ist es gelungen, Ferien für 3 Tage aufrechtzuerhalten nach einer Wartezeit von 39 Wochen. Ferner wurde ausgesprochen, daß Arbeiter, die zwischen dem 1. Januar und 31. März 1931 noch nach dem alten Reichstarifvertrag die Wartezeit erfüllt haben, durchweg für 3 Werkstage Feriengeld erhalten sollen. Die Behandlung von Streitigkeiten aus dem Vertrage soll wie bisher vor sich gehen. Im übrigen soll es im § 11 I, Ziffer 2, heißen, daß die Schlichtungskommissionen zuständig sein sollen a) als unterste Auslegungsinstanz, b) als Einigungsstelle, die am Sitz der Schlichtungskommission und in einem bezirklich festzustellenden näheren Umkreis des Sitzes als Gütestelle im Sinne des § 101 des UGB. gilt, sofern die am Streitfall beteiligten Arbeiter innerhalb dieses Bezirks wohnhaft oder beschäftigt sind. Die Vertragsdauer soll gelten bis zum 2. März 1933; erneute Verhandlungen über Erneuerung des Reichstarifvertrages sollen im Dezember 1932 beginnen. — Dies seien die hauptsächlichsten neuen Bestimmungen im Reichstarifvertrag. Die Verschlechterungen überwiegen die Verbesserungen. Es gelte jetzt, zu überlegen, ob unter dem neuen Vertrag zu leben sei. Eine eingehende Aussprache sei vor der Beschlußfassung nötig. Schließlich werden die Bezirkskonferenzen über Annahme oder Ablehnung zu entscheiden haben. Zu bedenken sei, daß die baugewerblichen Arbeiterorganisationen die ihnen innewohnende Kraft in Krisenzeiten nicht vollinhaltlich zur Anwendung bringen können. Im Auge sei zu behalten, daß die etwa in Kauf zu nehmenden Verschlechterungen nur vorübergehender Natur sein dürfen. Wir werden uns bei besserer Gelegenheit Verlorenes wieder holen und es verbessern!

In der ausgedehnten Aussprache kam eine starke Unzufriedenheit mit den verschlechterten Bestimmungen im Reichstarifvertrag zum Ausdruck. Ein Beschluß wurde, da der Vertrag noch nicht vollständig vorliegt, nicht gefaßt. — Hierauf sprach Kollege Bernhard über den bisherigen Verlauf der

Lohnbewegung.

Die Unternehmer haben schon vor Einleitung der diesjährigen Lohnbewegung erklärt: Macht geht vor Recht. Sie möchten die ihnen durch die unerhörte Wirtschaftskrise verliehene Macht rücksichtslos ausnützen. Die Reichsregierung sucht zu vermitteln, jedoch sei zu erkennen, daß sie mit ihren Sympathien mehr zum Unternehmertum als zur Arbeiterschaft neigt. Sonst wären die bisher gefällten Schiedsprüche in den Lohnbezirken nicht zu erklären. Ohne Rücksicht auf die äußerst gedrückte Lage der Bauarbeiterschaft hat man diese Schiedsprüche zustande gebracht. Teilweise ist es nicht zu Schiedsprüchen gekommen, vor allem, weil die Schlichter selbst für die bescheidensten Ansprüche der Bauarbeiter an das menschliche Leben nicht einmal das geringste Maß von Verständnis aufbringen konnten. Ueber die unverschämten Lohnabbauanträge der Unternehmer sei überhaupt nicht zu reden, sie stehen unterhalb jeder Kritik. Wir werden nunmehr an die zentrale Schiedsstelle gehen. Wir werden dort den Herren alle gewichtigen Gründe vortragen, die gegen jeden Lohnabbau sprechen. Gründlich soll zerstückt werden das feile, lügenhafte Gerede von den „hohen“ Bauarbeiterlöhnen und der „glänzenden“ Wirtschaftslage der Bauarbeiter. Wir wollen dann sehen, ob auch in der zentralen Schiedsstelle Macht vor Recht geht.

Die Aussprache erbrachte gleichfalls den Beweis für die gegnerische Stellungnahme gegen die Bauarbeiterschaft nicht nur durch die Unternehmer, sondern auch durch die Schlichter. Einige zum Vortrag gebrachte drastische Beispiele aus den Tarifämtern unterstrichen dies in deutlicher

Weise. Vielfach gaben ortsfremde Schlichter, nicht im mindesten wahrheitsgemäß unterrichtet über die wirkliche wirtschaftliche Lage der Bauarbeiter im Bezirk, bei den Schiedsprüchen den entscheidenden Ausschlag. Daß eine solche Haltung vielfach starke Empörung auslöste, ist verständlich. Was bisher etwa von unseren Vertretern veräußert sein sollte, wird vor der zentralen Schiedsstelle nachzuholen sein. Nichts wird bei den Auseinandersetzungen den Unternehmern, nichts aber auch den bisherigen Schlichtern geschenkt werden!

Kollege Scheibel berichtete noch ausführlich über die Schaffung eines Vertragsmusters für die Bezirksstarife. Eine größere Einheitslichkeit und Klarheit der Einzelstarife dürfte notwendig sein. Ferner besprach der Redner eingehend die einzuschlagende Taktik bei der Beratung und Festlegung der Bezirksstarifverträge. Die sich anschließende rege Aussprache ergab außerdem noch mancherlei fruchtbare Aufschlüsse in Einzelfragen.

Damit waren die wichtigsten Teile der Beratung erledigt. Für die Tagung der Bezirkskonferenzen wurde der 3. April festgesetzt. Kollege Bernhard berichtete noch über Verhandlungen mit dem Polierbund wegen Schaffung einer Einheitsorganisation der Poliere und Schachmeister. Vertreter des Vorstandes vom WGB, und vom WFB-Bund haben an dieser Beratung teilgenommen. Eine Einigung wurde noch nicht erzielt. Es soll demnächst darüber nochmals mit dem Vorstand des Polierbundes beraten werden. Zu entscheiden wäre nach dem Verhandlungsstand des Polierbundes.

Nach einer Erwidrerung des Kollegen Peters zu dieser Sache konnte der Vorsitzende die Konferenz als beendet erklären. Er schloß mit der Aufforderung, trotz schlechter Zeit der Zukunft mutvoll entgegenzusehen, die Wirtschaftskrise kann nicht ewig dauern. Und die deutschen Gewerkschaften werden sie überleben trotz der Krise, trotz ihrer vielen Gegner von rechts und links!

der Angeklagte! Herr Helander hält es noch nicht einmal für notwendig, zu beweisen, daß dieser Angeklagte — nämlich die „hohen“ Löhne — in Deutschland überhaupt schon einmal gelebt hat. Aber weil es jeden Tag in der Unternehmerpresse steht, ist der „hohe“ Lohn eine feststehende Tatsache für Helander. Etwas sei zwar schon dran an der Kaufkrafttheorie: „Aber sieht man denn nicht, daß das Entscheidende ist, daß überhaupt gekauft wird, nicht aber, daß nur Arbeiter kaufen?“ Das soll Genosse Tarnow glatt verneinen haben, und dessen Schrift „Warum arm sein?“ nennt Helander deshalb „eines der für das wirtschaftliche Wohlergehen Deutschlands kostspieligsten Bücher, die jemals erschienen sind“. Nun hat zwar weder Tarnow noch sonst irgendein Verfasser der „Kaufkrafttheorie“ jemals behauptet, daß es „nur“ auf die Kaufkraft der Arbeiter ankommt, aber der Herr Professor glaubt wohl, daß seinen Lesern diese populäre Abfertigung eines ernstern Gegners genehm ist. Wenn es wahr wäre, daß es darauf ankomme, daß „überhaupt“ gekauft wird, dann ließ Helander die Frage offen, warum nicht in erster Linie die Arbeiter den Kauf machen. Aber es ist gar nicht richtig; richtig ist, daß die Massenkaufkraft gestärkt werden muß, denn die ausverkauften Arbeiterlöhnen betriebene Rationalisierung hätte den ausgesprochenen Zweck, die Produkte billig zu vermehren, in der Hoffnung, daß die breite Masse diese Produkte kaufen würde. Wenn heute ein Unternehmer aus dem Lohnabzug eine neue Maschine kauft und sie neben zehn stillliegenden stellt, so ist das ein Beweis gegen Helander: es kam nicht darauf an, daß „überhaupt“ gekauft wurde, sondern daß die Arbeiter so kaufkräftig wurden, den zehn stillliegenden Maschinen Aufträge zu geben. Die Maxime aller Unternehmer, sie müßten verdienen, was immer nur einzuhebeln ist, den Arbeitern zu unterwerfen, ist ein Musterbeispiel für das „Verantwortungsgefühl des Nationalökonom“ Sven Helander.

Es ist ein beliebter Trick aller Lohnräuber, die hohen Löhne für die Rationalisierung verantwortlich zu machen. Die meisten werden nicht einmal ahnen, daß sie mit diesem Argument eine Anleihe bei Marx machen, der bereits in seiner Schrift gegen Proudhon feststellte, daß „in England Streiks regelmäßig Veranlassung zur Erfindung und Anwendung neuer Maschinen gewesen sind. Die Maschinen waren die Waffe, welche die Kapitalisten anwendeten, um die Revolte der Arbeiter niederzuschlagen... Hätten Gewerkschaften und Streiks keine andere Wirkung als die, mechanische Erfindungen gegen sich wachzurufen, schon dadurch hätten sie einen ungeheuren Einfluß auf die Entwicklung der Industrie ausgeübt“. Der von den Unternehmern und ihren Presselakaien entdeckte Ursprung der Rationalisierung kann deshalb die Gewerkschaften so wenig schrecken, wie ihnen der 1907 von dem Industriellen Beumer und bisher ständig nachgeplapperte Unsinn imponierte, sie seien Hindernisse „der technischen und organisatorischen Fortentwicklung der deutschen Industrie“. Ueber diesen Widerspruch werden sich die Gewerkschaftsfeinde kaum den Kopf zerbrechen, und ihnen ein Kolleg zu halten über die „Entwicklung in Widerspruch“ wäre ein Versuch am untauglichen Objekt. Herr Sven Helander ist trotz seines Professorentitels nicht um einen Deut klüger als der durchschnittlichste Jugenbergschmuck. Die hohen Löhne waren ein „starker Zwang“ zur Rationalisierung. Wie war das nun eigentlich?

Von 1914 bis 1924 war Deutschland praktisch von der Welt abgegrenzt. Selbst als es wieder in den Kreis der Nationen eintrat, strickte Deutschlands Wirtschaft den alten Strumpf weiter. Durch die fortschreitende Entwertung des Geldes (und der Löhne) konnte Deutschland trotz seiner technischen Rückständigkeit so billig produzieren, daß damals eine Rationalisierung unnütze Geldausgabe schien. Nur die Seeschifffahrt kam (nach Ablieferung ihrer alten Klammotten) durch die Reichsentfesselung und den riesigen Unterschied zwischen Einnahmen in Dollar oder Sterling und Ausgaben in entwerteter Mark in die Lage, von den neuesten Erfahrungen im Schiffbau zu profitieren. In der Industrie sah es teilweise böse aus und in Erinnerung blieb, daß die „Holzarbeiter-Zeitung“ den bewundernden Lobgesängen eines Unternehmerorgans über eine neue Holzbearbeitungsmaschine mit der trockenen Feststellung dienste, daß in Amerika die bewunderte Maschine bereits wieder ins Allfelsen gewandert und durch eine weit überlegene ersetzt worden sei. Bis 1924/25 rationalisierte man nicht in Deutschland, sondern man legte die Inflationsgewinne an, um sie vor der Entwertung zu retten. Man kaufte, man baute, man erweiterte Betriebe ohne jeden volkswirtschaftlichen Sinn, einzig zu dem Zweck, die Gewinne in Sachwerte anzulegen. Dann kam der Zusammenbruch der Inflation, der Ausverkauf Deutschlands endete, mit dem Lohndumping war es vorbei. Die deutschen Arbeiter hatten im Inflationsjahr 1923 Stundenlöhne von 5 bis höchstens 15 Goldpfennig gehabt. Es war selbstverständlich, daß die Gewerkschaften die nächsten Jahre benutzten, die Löhne hochzuschreiben. Die Unternehmer, die ja nur durch die niedrigen Löhne konkurrenzfähig gewesen waren, schrien Jeter und Nordio über die Untergrabung ihrer Konkurrenzfähigkeit durch die hohen Löhne. Da es ihnen natürlich gesagt worden, daß sie sich schon den allgemeinen Existenzbedingungen des internationalen Kapitalismus anzupassen hätten. Wenn die Unternehmer wirklich erst auf den Druck der Gewerkschaften gewartet haben, dann ist es mit ihrem Anspruch auf Führung in der Wirtschaft nicht weit her. Immerhin glauben wir den Gegnern der „Kaufkrafttheorie“, daß die Unternehmer sehr gern die Rationalisierung aus den ersparten Löhnen finanzieren hätten, wie sie es ja zum Teil getan haben. — Und dann rationalisierten die deutschen Unternehmer. Es wird niemals festzustellen sein, wieviel Millionen verschwendet wurden, um Betriebe zu rationalisieren, die zum Untergang verdammt waren, und wieviel Millionen die Syndikate, Trusts usw. aufwandten, diese Konkurrenz aufzukauften — um sie stillzulegen. Selbst in der Hochkonjunktur konnte die vorhandene Produktionsmöglichkeit bestenfalls zu 70% ausgenutzt werden. Das hinderte weder vorher noch nachher die Unternehmer, die Betriebe immer weiter und immer stärker auszubauen. Wenn ein Unternehmer geglaubt haben sollte, daß dieser Ausbau in den nächsten dreißig Jahren auszunutzen sei, dann hat er zum zweitenmal den Anspruch verwirkt, ein Wirtschaftsführer zu sein. Zum Teil wurde nur gebaut, um die Gewinne zu verdecken, zum Teil wurde gebaut, um vorhergegangene Millionen zu „retten“. Wenn Professor Helander et tutti quanti

Vorläufiges Ergebnis der Lohnverhandlungen im Baugewerbe 1931.

Table with columns: Vertragsgebiet, Spitzenlöhne bis 31. März 1931, and Lohnsenkung. It lists various regions like Ostpreußen, Steffin, Pommern, etc., and their corresponding wage and cost changes.

Deutsche Wirtschaft.

Die „Deutsche Wirtschafts-Zeitung“ („DWZ.“) nennt sich „Zeitschrift für Wirtschaftsrecht und Wirtschaftspflege in Industrie, Handel und Verkehr“. Sie trägt den Untertitel „Organ des Deutschen Industrie- und Handelsrats“ — und der verleiht ihr Gewicht, denn der Industrie- und Handelsrat ist die Spitzenorganisation der deutschen Industrie- und Handelskammern. Wenn eine solche Zeitung Stellung zur Lohnfrage nimmt, so weiß man von vornherein, was man zu erwarten hat. Wir hatten deshalb nicht die Absicht, den Artikel „Der Zwang zur Lohnsenkung“ zu lesen, wenn nicht unser Auge durch einige statistische Spielereien angezogen worden wäre. So zwang uns unsere Gewissenhaftigkeit dazu, den Behauptungen des Herrn Professors Dr. Sven Helander (in der „DWZ.“ vom 5. März) nachzugehen. Wir erfuhren dadurch wenigstens, daß wir in Deutschland überhaupt noch keinen Lohnabbau gehabt haben. Helander verspricht Preisabbau, wenn die notwendige Lohnsenkung vorgenommen wird“. Er fragt nicht, wer heute die Gewinne der Lohnsenkung bekommt, sondern wer sie in Zukunft „erhalten würde“, und

Streikandrohungen, „falls mit der Lohnsenkung ernst gemacht wird“, wären kein guter Dienst an den Arbeitern. Ein so grundgelehrter Mann, der an den Tatsachen so souverän vorübergeht, ist zweifellos der gegebene Mann, den Lesern der „Deutschen Wirtschafts-Zeitung“ das gar nicht beunruhigte Gewissen zu beruhigen. Herr Helander legt keinen Wert auf Popularität, wie angeblich die Gegner der Lohnsenkung, die nach seiner Meinung etwas „einseitig“ in der Lohndebatte zu Wort gekommen sind. Wir dürfen mit Fug und Recht bezweifeln, daß Herr Helander die Arbeiterpresse liest, worauf er ja schließlich nur seine Behauptung stützen könnte. Der Inhalt seines Artikels beweist, daß er recht „einseitig“ die Wünsche der Unternehmer nachgelesen hat und die Freude, ihnen zu dienen, muß ihm (neben dem wahrscheinlich noch nicht abgebauten Honorar) über die kränkende Unpopularität hinweghelfen. In Wirklichkeit sagt Helander denn auch nicht mehr oder weniger als alle Klopffechter, denen ein fettes Honorar lieber ist als die „Popularität“. Zuerst bekommt die „irreführende Kaufkrafttheorie der Löhne“ eins auf den Deckel. Die 4,5 Millionen Arbeitslose sind eine Folge der hohen Löhne. Beweispflichtig ist

glauben will, das Bestreben der Arbeiter, ihre Arbeitskraft so teuer wie möglich zu verkaufen, sei Zwang zur Rationalisierung gewesen, so wollen wir dem nicht einmal widersprechen, denn die durch die Rationalisierung gestiegene Leistungsfähigkeit rettete Deutschland den Außenmarkt und darüber hinaus auch den Binnenmarkt; keine Zollmauer wäre hoch genug gewesen, die ausländische Konkurrenz fernzuhalten. Die Gewerkschaften haben — nach der Version Helanders und vieler anderer Kritiker der gewerkschaftlichen Kaufkrafttheorie — die deutsche Wirtschaft vor der Verumpfung gerettet. Was aber diese Rettungsaktion zerstören will, das ist der Teil der Rationalisierung, den die Unternehmer verschuldet haben. Mindestens ein Driffel der investierten Kapitalien ist sinnlos veran. Sie drücken aber als fixes Kapital auf die Rentabilität, sie müssen verzinst werden, ohne daß sie etwas einbringen. Sie sind Ursache der hohen Preise und da die Unternehmer es durch die Preise allein nicht schaffen, werden die Löhne in Anspruch genommen, die Zinsen für die vergeblichen Millionen herauszubolen.

Das ist die einzige Begründung für den Lohnraub. Was als sonstige Begründungen noch herangeholt wird, ist nichts anderes als die Verschleierung der Schuld der Unternehmer. Helander gibt das offen zu: „Unter dem Druck des wachsenden Anteils an festem Kapital“ sei die Beschäftigung zu den heutigen Löhnen nicht mehr rentabel. Selbst die durch die technischen Verbesserungen stark gesteigerte Leistungsfähigkeit ändere daran nichts. Und deshalb seien die Löhne abzubauen. Unser Nationalökonom mit dem besonders betonten Verantwortlichkeitsgefühl ist eben, wie die Unternehmer und ihr ganzes Gefolge, die privatwirtschaftlichen, kapitalistischen Anschauungen und Ueberlieferungen so verhaftet, daß es für ihn ganz selbstverständlich ist: Für die Sünden eines unfähigen, verderblichen Wirtschaftszustands hat unter allen Umständen der Arbeiter zu büßen. — In Wirklichkeit gibt es neben den von den Gewerkschaften aufgestellten Forderungen nur noch ein Mittel, aus der Mißere herauszukommen: den kräftigen Kapitalschnitt. Die durch die wilde Ueberkapitalisierung hervorgerufene Ueberkapitalisierung hat keinen Anspruch auf Zins oder Rente, und das arbeitende Kapital hat zeitweise auf eine Rente zu verzichten. Vergebliche Hoffnung? Nun, manchmal dämmert es sogar in Unternehmerkreisen. Die „Kölnische Volkszeitung“, also ein Unternehmerorgan, schrieb schon im November 1930 anlässlich eines Schiedsspruches: „Mit Lohnsenkung vermag die Ueberhebung der deutschen Betriebe allein nicht gemindert zu werden. Wenn die Löhne bluten sollen, muß sich auch das Kapital einen gewissen Abzug zunutzen... durch verminderten Anspruch der Kapitalrente.“

Man gebe Ueberkapitalisierung und Ueberbewertung als Schaden für die Wirtschaft preis. Vor allem höre man auf, aus geraubtem Lohn Kapital bilden zu wollen — 8 bis 10 Milliarden Mark warten im Ausland auf die Rückkehr. Ihre sorgfältige Verwendung macht jeden Lohnabbau überflüssig. Das Organ des Industrie- und Handelsrats scheint davon nichts zu wissen.

SOS-Rufe der kommunalen Wohnungswirtschaft.

In der finanziellen und wirtschaftlichen Not unserer Zeit steigt auch die Zahl der kommunalen Hilferufe ins Unermessliche. Selbst der gewissenhafteste Chronist bekommt nur schwer von allen Hilferufen Kenntnis. Von einem besonders eindrucksvollen SOS-Ruf bekamen wir kürzlich Kenntnis und wir möchten ihm nach Kräften Nachdruck verleihen. Es ist der Hilferuf des Oberbürgermeisters Adenauer in Köln, der an den Regierungspräsidenten eine Eingabe in der Frage der Bereitstellung von Hauszinssteuermitteln zur Förderung des Wohnungsbaues im Jahre 1931 gerichtet hat. Der Oberbürgermeister verweist einleitend darauf, daß die Verwendung eines Driffels des Wohnungsbaueinkommens der Hauszinssteuer zur Senkung der Realsteuern in Preußen für die Städte mit überdurchschnittlichem Wohnungsbedarf eine schwere Gefährdung ihrer auf weite Sicht geplanten Wohnungsbauprogramme bedeutet. Für eine Reihe von Städten drohe sich die Kürzung der Wohnungsbau-mittel aus der Hauszinssteuer zu einer vollkommenen Stilllegung ihrer Wohnungsbauförderung auszuwirken, weil diese Städte durch dringend notwendige Maßnahmen zur Förderung des Wohnungsbaues in früheren Jahren im voraus verfügt haben. Das treffe für die Stadt Köln in besonderem Maße zu. Es wird dann eingehend dargelegt, daß die Stadt Köln schon vor Einführung der Hauszinssteuer große Aufwendungen zur Förderung des Wohnungsbaues

Albert Töpfer im Ruhestand.

Mit dem 1. April dieses Jahres ist unser Kollege Albert Töpfer in den Ruhestand getreten. In ihm verkörpert sich ein großes Stück deutscher Bauarbeitergeschichte. Im Jahre 1865 geboren, sehen wir ihn bereits im Jahre 1899 als leitenden Redakteur des Bauhilfsarbeiter-Verbandes. Dieses wichtige Amt bekleidete er bis zum Jahre 1911, wo er zweiter Vorsitzender seines Verbandes wurde. Bei der Verschmelzung mit dem Maurerverband wurde er Sekretär der verstärkten Organisation. Später gehörte er der besonders wichtigen Lohnbewegungsabteilung des Bauarbeiterverbandes und auch des Deutschen Bauarbeiterverbandes an. In den letzten Jahren bekleidete er das verantwortungsvolle, viel Umsicht erfordernde und auch mit vielen Unannehmlichkeiten verknüpfte Amt des Bundesrevisors. Albert Töpfer hat in allen diesen Ämtern seine volle Pflicht und Schuldigkeit getan. Bei seinem Abschied von unserer Organisation danken wir ihm von Herzen für seine langjährige erfolgreiche Tätigkeit und wünschen ihm noch viele Jahre ruhiger Beschaulichkeit. Wir wünschen unserer Organisation auch für späterhin solche pflichtbewußten Mitglieder, wie Albert Töpfer eines war!

gemacht hat. Ein Darlegung, aus der — nebenher gesagt — auch hervorgeht, wie ungeheuerlich hoch die Kosten für die Beschaffung von Krediten und anderen Mitteln sind, so daß zum wiederholten Male die Berechtigung der Forderung nach Senkung des Zinses nachgewiesen ist, denn die Zinsen sowie die Kosten der Anleiheablosungsschuld sind auch heute noch sehr hoch und wirken sich lähmend auf die kommunalen Finanzen aus. Hinzu kommt, daß sich die Neuregelung der Verteilung des Wohnungsbaueinkommens aus der Hauszinssteuer in Köln dahin auswirkt, daß der Wohnungsbaueinkommen der Hauszinssteuer von 13 430 000 M im Rechnungsjahr 1930 auf 5 550 000 M im Rechnungsjahr 1931 zurückgehen wird. Bei dem Hauszinssteuereinkommen in Preußen von insgesamt 900 Millionen würden auf die Stadt Köln anteilmäßig 36 Millionen entfallen oder unter Berücksichtigung der 3%igen Steuererhöhung 34,9 Millionen. Der Wohnungsanteil würde demnach 17,46 Millionen M betragen, der sich aber durch Abzug des Driffels der Realsteuereinkünfte von 5,82 Millionen auf 11,65 Millionen vermindert. Davon fließt die Hälfte dem staatlichen Wohnungsbaufonds zu, so daß für die Stadt Köln als gemeindliche Wohnungsbaueinkommen an der Hauszinssteuer rund 5,8 Millionen M bleiben würden. Aber auch dieser Betrag vermindert sich durch Rückzahlung zuviel übermiesiger Hauszinssteueranteile auf 5,5 Millionen M. Das bedeutet gegenüber dem Vorjahre eine Kürzung des gemeindlichen Wohnungsbaueinkommens um 59%! Praktisch bedeutet das, daß der voraussichtlich für 1931 eingehende gemeindliche Wohnungsbaueinkommen bereits durch die übernommenen Zinszuschüsse und durch den Anleiheendienst der Wohnungsbauleihen ganz in Anspruch genommen ist, was wiederum praktisch die gänzliche Einstellung jeder Förderung des Wohnungsbaues mit öffentlichen Mitteln in Köln in den nächsten Jahren bedeutet. Der Oberbürgermeister bemerkt, daß sich dies bei der gegenwärtigen Lage des Wohnungs- und Arbeitsmarktes einfach katastrophal auswirken würde, eine Konsequenz, die sich aber nicht verhindern läßt. Er weist noch darauf hin, daß der Vorgriff auf künftige Hauszinssteuereinkommen in der Vergangenheit bereits zwingend war, da sich die Stadt der dringenden Pflicht des zusätzlichen Wohnungsbaues nicht entziehen konnte. Eine Situation, in der sich wohl alle deutschen Städte befinden haben. Mit anderen Städten hat Köln gemein, daß sich diese Pflicht u. a. aus dem ständigen Steigen der Bevölkerungszahl ergab. Von 1913 bis heute ist in Köln die Zahl der

Das Bauwerk
Ist das fachwissenschaftliche Organ
des Deutschen Bauwerksbundes.
Werbt eifrig Bezieher!

Einwohner von 644 000 auf 740 000 gestiegen. Diese Zahlen zeigen den unmittelbaren Wohnungsneubedarf, zu dem noch ein weiterer großer Wohnungsbedarf aus den bekannten überall gleichen Gründen des Wohnungsperfalls und des Wohnungsbaustillstandes in der Kriegszeit hinzukommt. — Der Oberbürgermeister ersucht, die Stadt Köln bei der Verteilung der in den Regierungsbezirk fließenden Mittel aus dem staatlichen Wohnungsbaufonds ganz besonders zu berücksichtigen. Die besonderen Verhältnisse in der Stadt Köln erfordern dies in ganz besonderem Maße. Von den bisher von der Kölner Bürgerschaft aufgebracht 218,4 Millionen Hauszinssteuer seien bislang nur 82 Millionen für den Wohnungsbau und 23,9 Millionen für den allgemeinen Finanzbedarf zurückgezahlt worden. Der Unterschiedbetrag von 112,3 Millionen ist der Bevölkerung anderer preussischer Gemeinden zugute gekommen, die aber nach der Ueberzeugung des Oberbürgermeisters bei weitem nicht einen gleich dringenden Wohnungsbedarf gehabt haben, wie die Stadt Köln.

Wir haben von diesem Hilferuf Kenntnis genommen, weil es scheint, daß in diesem Fall eine ganz besondere Noilage vorliegt. Wir verkennen keineswegs, daß außer Köln noch zahllose deutsche Gemeinden unter ähnlichen, vielleicht auch unter schwereren Umständen zu leiden haben. Nichtsdestoweniger ist es wohl doch angebracht, daß von den in den Großstädtegemeinden aufgebracht Hauszinssteuermitteln ein weit größerer Teil als bisher der Gemeinde für Wohnungsbauzwecke in ihrem eigenen Gebiet zur Verfügung gestellt wird. Die bekannten Berliner Verhältnisse in dieser Hinsicht übertreffen den Zustand in Köln noch um ein erhebliches. Den berechtigten Klagen Berlins und auch anderer Gemeinden um ungenügende Berücksichtigung bei der Rückzahlung der Hauszinssteuermittel sollte endlich abgeholfen werden.

Unternehmerwillkür.

Das Reichsarbeitsgericht hat in einem uns unbegreiflichen Urteil vom 24. Januar 1931 — ARG. 137/30 — ausgeprochen, daß Lehrgeldüberhebung unter gewissen Umständen nicht als Abdingung des Tarifvertrages angesehen werden kann. Wenn nämlich, so meinte das Reichsarbeitsgericht, sich der Vater verpflichtet, ein Lehrgeld zu zahlen und das „als angemessene persönliche, ihn selbst angehende“ Gegenleistung betrachte, so sei gegen die Lehrgeldüberhebung nichts einzuwenden. Was tun die Unternehmer? Damit niemand von ihnen eine Formverletzung begehe und etwa durch Ungeschicklichkeit den Nachen des Gesetzes zum Opfer falle, geben sie ein gedrucktes Formular heraus, das der Tarifvertragsordnung und der Unabhängigkeit der Löhne, sowie auch den Lehrlingslöhnen ein Schnippen schlägt und den Unternehmern erlaubt, Lehrgeld einzukassieren. Hier der famose Vordruck:

„Betrifft Lehrgeld für meinen Sohn... Auf Grund unserer Besprechungen verpflichte ich mich, Ihnen als Lehrherrn für die ordnungsgemäße Ausbildung meines Sohnes, deren Kosten ich auf Grund der gesetzlichen Unterhaltungs-pflicht gemäß § 1610 BGB, zu tragen habe, sowie für die Uebernahme sämtlicher Pflichten, die Sie gemäß den Bestimmungen der Gewerbeordnung mit dem Eingehen des Lehrverhältnisses meinem Sohn gegenüber übernehmen und damit mir abnehmen, ein Lehrgeld im Betrage von... zu zahlen. — Ich erkläre ausdrücklich, daß ich im vorstehenden Sinne die Zahlung des Lehrgeldes als eine durchaus angemessene, mich rein persönlich angehende Gegenleistung betrachte, welche mit der Lehrlingsentföhnung, die mein Sohn unverkürzt von Ihnen erhalten soll, in keinem Zusammenhang steht, und die ich nicht zuletzt auch in der Hoffnung übernehme, daß mein Sohn ein tüchtiger Handwerker wird, der mir in meinem Alter eine Stütze sein kann. — Meinen persönlichen Verhältnissen Rechnung tragend, haben Sie eingewilligt, daß ich diesen Betrag in folgender Weise bezahle... Welche Verpflichtung ich hiermit übernehme und pünktlich einzuhalten verspreche.“

Glaubt das Reichsarbeitsgericht immer noch, daß dies keine Abdingung des Tarifvertrages sei? Sind die Herren Reichsgerichtsräte immer noch überzeugt, daß sie den Sinn des Gesetzes erfüllten, als sie die Möglichkeit der Erhebung von Lehrgeld offenließen? Sehen sie nicht, wie die Unternehmer nicht nur den Lehrlingen und ihren Eltern Lasten aufbürden, sondern auch den Gesetzeshütern auf der Nase herumtanzen? Die augenblickliche Rechtslage hinsichtlich der Lehrgeldüberhebung ist untraglich. Wir erwarten, daß das Reichsarbeitsgericht bald ein anderes, den Verhältnissen gerecht werdendes und auch dem Sinn der Gesetze entsprechendes Urteil fällt.

Arbeitslosigkeit im Deutschen Bauwerksbund. Feststellungsergebnis vom 9. März 1931.

Von den Bundesmitgliedern waren am Feststellungstage arbeitslos

Bezirksverband	Beachtende Bauangehörige	Mitgliederzahl am Feststellungstage	Arbeitslos																				insgesamt		nom. Hundert der Mitgliederzahl	9.3	2.3.						
			Maurer	Steuerungs- und Schornsteinmaler u. Helfer	Polierer, Schachtmaler	Zementarbeiter	Zementarbeiter, Flecht-, Biege- u. Stützarbeiter	Glaser	Ofenbauer	Ofenleger	Stempelarbeiter	Stichtarbeiter	Stichtarbeiter	Stichtarbeiter	Stichtarbeiter	Stichtarbeiter	Stichtarbeiter	Stichtarbeiter	Stichtarbeiter	Stichtarbeiter	Stichtarbeiter	Stichtarbeiter	Stichtarbeiter										
Königsberg	7	17178	5533	10	228	75	144	194	9	9	424	—	—	36	19	4	—	113	22	—	19	5366	34	2056	49	—	56	5	827	8	15290	89,0	86,5
Danzig	1	3701	1025	—	13	10	8	21	—	—	77	—	—	10	—	—	—	—	—	—	—	1005	37	547	—	—	—	133	—	2886	78,0	76,8	
Stettin	61	15864	7600	23	113	64	85	193	24	17	310	—	—	40	10	21	—	—	—	—	3344	6	1310	—	—	7	3	849	6	14026	88,4	88,8	
Breslau	42	41644	16207	34	622	229	174	207	75	285	745	134	207	259	109	49	11	122	—	—	—	10823	57	2202	—	—	3	3	2025	74	35256	84,7	83,9
Berlin	60	53049	18392	102	256	563	324	1372	432	235	1042	21	20	115	402	199	48	20	700	—	—	12230	16	1488	3	—	14	1393	15	39402	74,3	73,9	
Magdeburg	42	29029	13965	23	134	32	51	45	110	49	213	102	—	30	37	64	—	19	—	—	4289	1	729	—	—	1	—	1029	—	20928	72,1	72,4	
Erfurt	34	19901	10290	60	137	89	16	172	190	19	127	2	—	31	27	32	—	25	20	—	4131	1	295	—	—	11	—	1489	2	17167	86,3	84,7	
Frankfurt	17	32887	12687	53	120	268	228	772	66	—	16	1	2	1	182	56	13	23	16	—	8336	239	1789	73	4	10	—	740	—	25746	78,3	77,8	
Köln	12	19150	4609	44	124	335	387	1329	31	—	29	3	2	—	179	47	27	540	113	—	6	5044	162	914	—	—	2	239	—	14166	74,0	69,4	
Dortmund	14	19629	5837	108	127	212	261	655	2	—	30	—	—	2	268	156	9	61	75	—	4233	269	1473	—	—	2	2	453	—	14244	72,6	71,2	
Hannover	39	28438	13205	28	217	95	93	152	61	8	80	6	73	6	108	76	8	90	50	—	16	5402	7	1329	9	—	9	1	1505	2	22636	79,6	76,1
Bremen	30	15166	4370	11	53	85	190	71	29	4	11	—	—	—	46	16	4	3	1	6	3279	3	1429	—	—	5	7	266	—	9389	65,2	60,3	
Hamburg	45	32628	9042	11	92	324	460	397	230	14	275	1	1	3	159	79	24	146	59	—	5038	—	3005	56	—	3	23	718	2	20288	62,2	60,1	
Rostock	60	8400	3672	5	38	—	—	7	5	11	65	—	—	—	6	—	—	—	—	—	2096	—	423	—	—	—	—	3	477	—	6820	81,2	78,5
Dresden	31	65709	25982	42	564	352	156	311	539	572	835	42	1	119	160	104	91	20	136	—	18697	7	1565	7	2	1	18	3132	26	53484	81,4	82,4	
Nürnberg	29	17659	5570	86	70	35	61	935	35	160	57	—	—	55	93	28	6	—	—	—	5732	15	441	46	7	9	5	523	—	13984	79,2	79,4	
München	27	13954	4233	20	85	53	36	145	68	12	106	1	12	25	53	29	9	7	29	6	5026	37	775	106	15	11	5	247	—	11176	80,0	78,7	
Stuttgart	14	9945	2368	23	24	121	32	1506	1	—	2	—	—	—	39	15	8	73	—	—	2005	136	925	—	—	2	—	282	—	7562	76,0	71,7	
Karlsruhe	11	15380	5276	45	137	162	118	1014	13	31	5	1	53	2	97	47	6	30	7	—	2991	245	596	38	38	2	1	291	—	11260	73,2	71,8	
Zusammen	576	459311	169913	728	3154	3104	2824	9498	1920	1426	4449	314	371	733	2004	1022	265	1295	1243	88	148	109117	1272	23291	387	81	119	91	17218	135	356210	77,55	—
Vorige Woche	576	459633	187791	712	3061	2958	2750	9200	1902	1321	4379	327	346	716	1951	995	276	1156	1238	95	147	108208	1252	22716	382	82	121	95	16806	137	351211	—	76,41



Unterhaltung und Wissen



Ostern.

Von Martha Michaelis.

Der werdende Frühling, das alljährlich sich wiederholende Auferstehungsfest der Natur, war von altersher mit bestimmten Sitten und Gebräuchen verknüpft. Schon die alten Germanen huldigten ihrer Frühlingsgöttin Ostara, auf die aller Wahrscheinlichkeit nach unser deutsches Wort „Ostern“ zurückzuführen ist.

Ein altheidnischer Brauch ist die „Palmenweihe“. Als Schutz vor Blitz und Donner wurden die geweihten Zweige aus „Weidenpalmen“, das waren Weidenzweige mit Kästchen, zusammen mit den Schalen der Ostereier und den Kohlen der Osterfeuer in den Feldern vergraben, um Fruchtbarkeit zu erzielen. Im Osten Deutschlands nahm man getriebene Zweige oft zum Stäuben derer, denen man Gutes wünschte. Diese Sitte wurde „Osterteepe“ oder „Kindleinstreichen“ genannt, sie hat sich bis heute erhalten. Am Ostermontag früh versuchten Eltern und Kinder sich im Best zu überraschen mit gegenseitigen, gesundheitsbringenden Rutenstreichchen. Kinder und Diensthofen bekamen dafür reiche Geschenke, woraus sich die Bezeichnung „Schmeckostern“ bildete. Bei Sonnenaufgang versammelten sich unter tiefem Schweigen das Volk, um „Ostereiswasser“ zu schöpfen, das den Menschen Schönheit verleihen sollte.

Eine beliebte Sitte in den Feiertagen war das Ballspielen. Die im letzten Jahre Vermählten mußten den „Brautball“ stiften, der mit einem Spruch von ihnen abgeholt wurde. Der Ball galt als Symbol der Sonne. Die Ostereier waren in der heidnischen Zeit das Sinnbild des Ursprungs und des Werdens und hatten eine überragende Bedeutung bei den Feiern der Frühlingsfeste. Den Priestern wurden die Eier als Geschenk dargebracht. Auch bildeten sie Veranlassung zu Wettläufen und Spielen, den „Eierfesten“ oder „Eierspielen“.

Einen Teil der heidnischen Osterbräuche übernahm später die Kirche aus Gründen der besseren Christianisierung. So gilt bei ihr das Ei als Symbol der Auferstehung. Alte Gemälde zeigen den Heiland mit der Osterfahne, wie er aus einem eisförmigen Grabe emporsteigt. Die „Ostertspiele“ waren die ältesten geistlichen Schauspiele des Mittelalters. Sie entwickelten sich aus einem lateinischen Wechselgesang zwischen den Engeln und den drei Marien am Grabe. Ursprünglich waren es einzelne Teile der Festevangelien und kirchliche Hymnen. Im Laufe der Zeit gestalteten sich die Texte jedoch bedeutend ausführlicher. Gelegentlich gab es dramatische Dichtungen in den verschiedensten Volkssprachen, wie wir sie noch im 12. Jahrhundert in Frankreich und im 13. Jahrhundert in Deutschland sehen. Der älteste deutsche Text stammt aus dem Kloster Muri in der Schweiz und ist noch im böhmischen Stil der Zeit gehalten. Spätere Texte sind volkstümlicher. In dem sogenannten „Innsbrucker Osterpiel“ aus dem 14. Jahrhundert spielen der Salbenhändler und sein Knecht Rubin die Hauptrollen. Humoristisch-satirische Teufelsjungen sind im Niederdeutschen „Redentiner Osterpiel“ um 1464 enthalten. In späterer Zeit wurden die Osterspiele häufig mit den Passionsspielen verschmolzen, deren bedeutendste Aufführungen in Oberammergau ja hinlänglich bekannt sind.

Der „Palmsonntag“ oder „Palmarum“ (lateinisch dominica palmarum) leitet die christliche Osterwoche ein. Sein Name ist zurückzuführen auf die Palmen, die Christi bei seinem Einzug in Jerusalem auf den Weg gestreut wurden. Die griechische und römische Kirche schmückt aus Anlaß dieser Erinnerung ihre Gotteshäuser mit Palmen. Erfreue feiert den Palmsonntag bereits seit dem 4. Jahrhundert, letztere erst nach dem 7. Jahrhundert.

Der „Gründonnerstag“ (dies viridium) hat seine Bezeichnung von der Sitte, an diesem Tage grüne Kräuter zu essen. Seit dem 5. Jahrhundert wird der Gründonnerstag als Gedächtnistag des Abendmahls gefeiert.

Der „Karfreitag“ ist als Erinnerung an die Kreuzigung Christi der höchste Feiertag der evangelischen Kirche. Die römische Kirche feierte ihn zuerst um die Mitte des 2. Jahrhunderts, während in Kleinasien nicht Christi Todesstag, sondern der Tag seines letzten Passamahl gefeiert wird. Die römische Feier drang jedoch allmählich durch und wurde auf dem Konzil zu Nicäa zum Gesetz erhoben. Die altchristliche Kirche heiligte den Karfreitag durch strenges Fasten. Sämtliche Glocken und Orgeln mußten schweigen. Nur das Kyrie eleison wurde gesungen in fleischwarz verhängtem Gotteshaus. Besonders von 6 Uhr, der Todesstunde des Heilandes ab, ward absolute Stille geboten, weshalb der Karfreitag auch der „Stille Freitag“ genannt wird.

In der Osterwoche wurde fast täglich Gottesdienst gehalten. Der Osterabend oder große Sabbath galt als besonders hoher Festtag. In der Kirche brannten die große Osterkerze (cereus paschalis) und viele andere Lichter. Die Nacht bis zum Morgen des Festtags verging unter Gebeten und Gesängen, den sogenannten „Ostervigilien“, die heute nur noch in Klöstern beibehalten sind. Nach Aufhebung der strengen Fasten herrschte überall eine ausgelassene Fröhlichkeit. Gefangene wurden entlassen, Gerichtshöfe geschlossen und den Armen Almosen gegeben. Es hatte sich sogar die Sitte eingebürgert, in den Kirchen Mahlzeiten zu verteilen. Diese „Ostertische“ (dominica gaudia) artekte jedoch allmählich aus. Selbst Geistliche versuchten von der Kanzel herab, ihre Zuhörer durch Erzählungen von Pöjzen und Schwänken, „Ostertalein“ genannt, zum Lachen zu bringen, was allgemein als „Ostertälcher“ (risus paschalis) bezeichnet wird. Dem Fest folgte dann noch die „Ostertafel“, eine kirchliche Nachfeier, die noch heute vom katholischen Klerus beibehalten ist.

Die chronologische Bestimmung der Ostertage ist für die Festrechnung der Kirche wichtig, da sich alle anderen beweglichen Feiertage danach richten. Man rechnet heute nach folgender Vorschrift: Das Osterfest wird immer an dem Sonntag gefeiert, der zunächst auf den Frühlingsvollmond folgt. Unter Frühlingsvollmond versteht man den, der am 21. März (Frühlingsanfang) oder diesem zunächst folgt. Der zur Bestimmung des Osterfestes dienende Vollmond ist

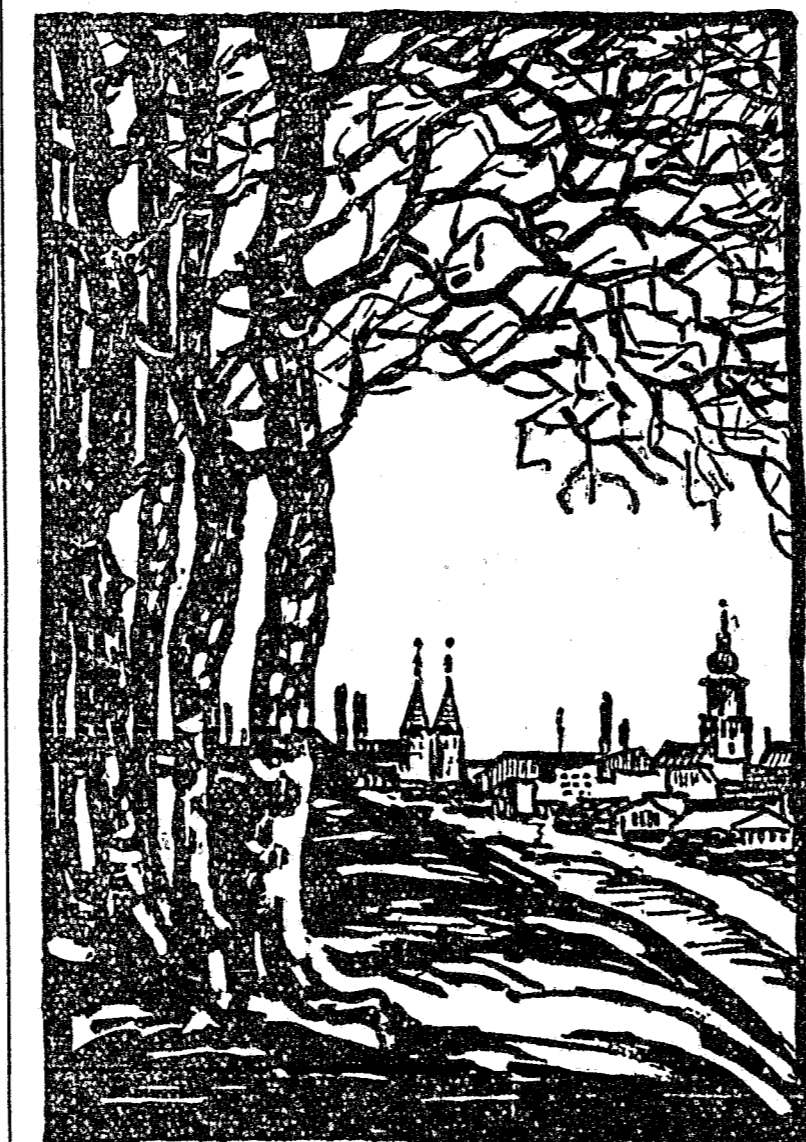
aber nicht der astronomische oder wahre, sondern der mittlere Vollmond, der immer 4 Tage nach dem Neumond gesetzt wird.

In späterer Zeit dürfte das Osterfest abgelöst werden durch die Maiseier als jubelndes Begrüßungsfest der alljährlich zu neuem Leben erwachenden Natur, als großes Bekenntnis zur gemeinsamen Verbundenheit aller Menschen.

Die Maschine am Bau.

Wenn auf einer Baustelle eine Maschine aufgestellt wird, hört man die Arbeiter oft sagen: „Schon wieder eine Maschine, die uns die Arbeit wegnimmt und erwerbslose Arbeiter schafft.“ In diesem Ausspruch liegt Angst und Sorge um die Zukunft. Es liegt in der jetzigen Zeit auch Wahrheit darin. Und doch soll die Maschine nicht dazu da sein, um Arbeitslosigkeit zu schaffen, sondern sie soll Arbeitserleichterung bringen!

Ein langes Förderband steht auf dem Bauplatz, Schaufel um Schaufel voll Erde wird durch nimmermüde Arbeiterhände daraufgeworfen. Stetig rollt die Masse in große Kippautos oder Feldbahnwagen, um sofort an den richtigen Platz gebracht zu werden. Ein riesenhafter Bagger schaufelt Feltmeter um Feltmeter voll Erde in die Höhe, um noch größere Wagen zu füllen, die dann sofort mit Dampfmaschinenkraft kilometerweit ins Feld gefahren werden.



Vorfrühling. Michaelis

Nur kurze Zeit dauert es und der Baugrund ist millimetergenau ausgeschachtet. Schon kommt der erste Maurer mit Kelle und Hammer, um die Ziegel, die das Rollband erst nach unten und später nach oben befördert, zu vermanern. Riesige Mörtelmaschinen verarbeiten Sand und Kalk, der in tiefe Behälter gleich vom Wagen kunstgerecht eingeschüttet wurde. Silos speichern die fertige Masse auf. Kräne schwenken Massen von Ziegeln und Mörtel auf die Gerüste. Maurer schaffen, schaffen, sonst erstickt dich das zu deinen Füßen sich aufschichtende Material. Aufzüge bringen Träger und Balken, auf dem Werkplatz von präzise arbeitenden Maschinen zugerichtet, in die Höhe, und so wird Stodwerk um Stodwerk aufgesetzt. In fieberhafter Eile strecken sich Arbeiterhände, beugen sich Arbeiterkrücken, um das „Tagespensum“ zu schaffen, kontrolliert durch die Stoppuhr, getrieben durch die Maschine.

Dort drüben wird eine Fabrik neu erbaut. Der Baugrund, ausgeschachtet durch die Maschine, liegt frei. Schon steht ein riesig hoher Turm, errichtet aus Stahlgewölbe, und reckt seine langen Arme nach den noch zu errichtenden Einschaltungen von leeren Wänden. Nach kaum einer Woche steht die Verschalung, das Eisenblech liegt in einander verbunden da, und in wahnwitzigem Tempo saust Wagen um Wagen voll flüssigem Beton hoch, seinen Inhalt in Röhren schütend, und in kürzester Frist stehen Wände und Decke aus einem Guß fertig da. Kräne tragen Träger, auf ihnen reiten Schloffer und Monteure, verbolzen, verschrauben und vernieten Verbindungsstück um Verbindungsstück. Rund um dem Gerüste läuft die Einbahn. Jeder Wagen bringt 200 Steine. Die Felber der eisernen Wände werden damit ausgegeseht. Das Dach, gegossen aus flüssigem Beton, krönt das Ganze. Der Bau ist fertig. Spritzpumpmaschinen verschönern die äußere Fassade. Weiskalkfünche, geprißt aus der Luftdruckpumpe des Malers, verschönen die inneren Wände des Gebäudes. Nach einigen Wochen donnern dann in den fertigen Räumen Maschinen.

Maschine am Bau, schaffst du wirklich arbeitslose Hände? Schaffst du Kranke, ausgemergelte Arbeiter, hun-

gernde, frierende Kinder? Maschine, du willst das nicht! Du willst, daß der arbeitende Mensch Erleichterung bekommt, du willst, daß sein Rücken am Abend weniger schmerzt, du willst, daß am Morgen des neuen Arbeitstages zu dir ein gesunder kräftiger Mann kommt, um mit dir zu schaffen! Maschine, du willst noch mehr. Du willst Verbilligung des Baues, der Wohnhäuser. Du willst die Mieten herabsetzen. Du willst, daß noch mehr gebaut wird, damit alle erwerbslosen Bauarbeiterhände arbeiten können. Dein Mitarbeiter Mensch will das auch, aber dein Besitzer will nicht so wie du, Maschine, er will nicht so wie du, Bauarbeiter.

Dein Besitzer will Profite, will Bankguthaben, will reich werden. Ihm ist es lieb, Maschine, du bleibst recht lange intakt, aber es ist ihm gleich, ob du heute oder morgen in den Schrott gehackt wirst, wenn du abgeschrieben und aus den Büchern verschwunden bist. An deiner Stelle steht morgen eine neue, noch mehr leistende Maschine, und an Stelle des krank und invalide gearbeiteten Menschen steht morgen eine frische, eine neue Kraft.

Es hat den Anschein, als ob heute alle Maschinen da wären, um das Elend der Arbeitslosigkeit zu vergrößern. Auch die Maschine am Bau. Das sollte, das dürfte, das darf nicht sein! Maschinen müssen Verbilligung bringen. Maschinen müssen leistungsfähig sein. Maschinen müssen Mehrwerte schaffen, sonst braucht man keine Maschinen. Aber die Maschine soll der Menschlichkeit dienen. Sie soll nicht den Menschen zum Sklaven herabwürdigen. Durch das richtige Ansehen der Maschine am Bau muß ein Bau wesentlich billiger hergestellt werden als im normalen Handbetrieb. Das bringt mit sich, daß die Ausgaben verringert werden. Dadurch müssen die Mieten sinken. Es sind dann Möglichkeiten vorhanden, daß sich auch Arbeiter menschenwürdige Wohnungen leisten können. Die Nachfrage nach bezahlbaren Wohnungen steigt. Das Wohnungselend wird weniger. Die Arbeitslosigkeit im Baugewerbe wird sinken. Bauarbeiter und Baunebenbetriebe werden Beschäftigung haben. Die Kaufkraft wird steigen und der innere Markt sich beleben.

Vorausgesetzt, wenn der Unternehmer nicht mehr allein die Gewinne, die die Maschine bringt, für sich einheimst, sondern wenn der Gewinn der Allgemeinheit zugute kommt. Deshalb Sozialismus! Nur unter seiner Herrschaft wird die Maschine des Menschen Freund!

Otto Herrmann, Zittau.

Bildungsarbeit zur Werbung für unsern Bund.

Bildung innerhalb der gewerkschaftlichen Bewegung muß Zweckbildung sein. Gewerkschaftliche Bildung soll gewerkschaftliche Menschen schaffen. Sie soll Menschen herantreiben, die die ökonomischen Zusammenhänge verstehen, die Notwendigkeit solidarischen Kampfes begreifen und den geistigen und sittlichen Sinn des wirtschaftlichen Kampfes erleben. Damit wird die gewerkschaftliche Bildung dann zugleich zur Menschenbildung überhaupt. Jede Zeit hat ihre besondere Aufgabe gegenüber der Bildung des Menschen. Die Bildung unserer Zeit soll Menschen schaffen, die diese Wende der Zeit erfassen und tragen.

Es kann gar nicht anders sein, als daß sich das große Suchen dieser Zeit nach neuen Formen in irgendeiner Weise in jedem regt. Wir müssen deshalb den Menschen in ihren geistigen Bedürfnissen und seelischen Regungen lauschen und die vielen, die trotz aller wirtschaftlichen Aufklärung dennoch nicht den Weg zur Organisation gefunden haben, in der ihnen näher liegenden Weise zu gewinnen suchen. Und hierfür bietet die gewerkschaftliche Bildungsarbeit in ihrer Mannigfaltigkeit ein weites Feld.

Es ist eine der Wirklichkeit völlig widersprechende Auffassung, daß es nicht jedem möglich sei, Kulturgut zu würdigen und aus dem Kulturellen heraus zu denken. Diese Auffassung ist in intellektuellen Kreisen vielfach zu finden. Sie hat sogar einen Tollstoß dazu geführt, aus diesem sozial-ethischen Gefühl heraus Kulturköpfe wie Goethe, Beethoven, Shakespeare zu verurteilen, weil zu deren Würdigung eine „bevorrechtete Stellung im Leben“ gehöre. Aber auch in unserer Reihen wird dieses kulturelle Verständnis und auch Bedürfnis, das im Keime in jedem ist, noch zu wenig gewürdigt.

Jahrelange Erfahrung hat gezeigt, daß viele Menschen das wirtschaftliche Leben ganz anders sehen, wenn es ihnen unter dem kulturellen, dem geistigen und ethischen Gedanken gezeigt wird, daß somit auch kulturelle Bildungsarbeit wirtschaftlich aufklären kann, wenn nur aus dem Kulturellen heraus die nötigen sozialen Konsequenzen gezogen werden.

Darum sollte die gewerkschaftliche Bildungsarbeit in den einzelnen Orten nicht neben der Werbearbeit als etwas Wesensfremdes einhergehen. Sie muß vielmehr eingegliedert werden in den alles beherrschenden Gedanken, an dieser Wende der Zeit die schaffende Masse organisatorisch zu erfassen und einzuspinnen in die große Aufgabe, die wir in dieser geschichtlichen Stunde zu erfüllen haben.

Millionen sind organisiert. Wir sind stolz darauf. Doch größer noch ist die Zahl der schaffenden Menschen, die Irregeleitet sind oder überhaupt abseits stehen vom Kampfesweg. In unserer Bildungsarbeit haben wir ein noch viel zu wenig gebrauchtes Arsenal von geistigem Rüstzeug, alle Schaffenden zu erfassen in einer Front. Deshalb gewerkschaftliche Bildungsarbeit!

Autosuggestion.

Mrs. Brown stürzt blaurot vor Jörn in den Schlächterladen und schwingt vor der Nase des Fleischers wütend ein Paket.

„Was ist los, Mrs. Brown?“ fragt er entsetzt. „Was los ist?“ schäumt die Brown. „Hier in der Wurst, die ich gestern bei Ihnen gekauft hab, war dieses Stück Gummil!“

Der Fleischer stuft. Dann sagt er: „Well, Mrs. Brown — das Anto erlegt heutzutage das Pferd.“

Streiks u. Lohnbewegungen

Maurer, Bauhilfs- und Tiefbauarbeiter: Gesperrt sind: das Abbruchgeschäft von August Erich, Baustelle Dynamikfabrik bei Oeffhach, Baugewerkschaft Hamburg, wegen Lohnabzug; die Firma Wenzel Schwalb in Emden wegen Tarifbruch; für Deckenroher die Firma Paul Banick in Hannover wegen Nichtanerkennung des Tariflohnens; wegen Nichtzahlung des Tariflohns die Regearbeiter der Mineralöl- und Asphaltwerke in Ostermoor bei Brunsbüttelkoog (Baugewerkschaft Ijehoe).

Fliesenleger: In Nürnberg sind die Fliesenleger wegen Lohnhöhen ausgesperrt.

Isolierer: Gesperrt ist die Isolierfirma Ritter, Kiel, Hafensstraße, wegen Zahlung untertariflicher Löhne.

Töpfer: Gesperrt sind: In Halle/S. Wilhelm Stahl, in Hohenstein-Ernstthal Eugen Wolf, in Zeitz die Ofengeschäfte Gustav Neumann, Gustav Hörnick und Emil Böhm, in Schwerin in Mecklenburg die Firma Brockmann, Ofenfabrik und Sehggeschäft.

Aus den Baugewerkschaften

Altenburg. In der Vertreterversammlung am 24. Februar gab Kollege Wenschek den Bericht vom Geschäftsjahr 1930, das auch uns sehr starke Enttäuschungen brachte. Die falsche Finanzpolitik des Landes Thüringen drohte den Wohnungsbau noch mehr. Ueber 50% der Kollegen waren nicht in der Lage, ausreichend Arbeit zu bekommen. Die tariflichen Bestimmungen wurden von den Kollegen sehr gut eingehalten, obwohl auch hier und dort von Unternehmern versucht wurde, den Tarifvertrag zu durchbrechen. 157 Klagen waren notwendig, um den Kollegen zu ihrem Recht zu verhelfen. Der Mitgliederstand blieb stabil. Am Schluß des Jahres waren 2130 Kollegen bei uns organisiert. Der Versammlungsbesuch muß künftig besser werden. Auch die statistischen Arbeiten, die unser Bund dringend braucht, werden vielfach von den Kollegen nicht so beachtet, wie es notwendig wäre. Für die Hauptkasse wurden 83 000 M. eingenommen, zu ihren Lasten 72 924 M. ausgegeben. Allein an Unterstufungen wurden 63 000 M. ausgezahlt. Die Lokalkasse hatte eine Einnahme von 25 000 M. und eine Ausgabe in gleicher Höhe. Dem Vorstand sowie dem Geschäftsführer wurde einstimmig Entlastung erteilt. Die ausscheidenden Vorstandsmitglieder wurden einstimmig wiedergewählt. Kollege Meyer, Erfurt, sprach sodann über den Ablauf des Tarifvertrages. Es kam dann noch der Streik bei den Deutschen Erdböckwerken, Rößig, zur Sprache. Einige Kollegen, die dort entgegen den Interessen der Arbeiterschaft gehandelt haben, sollen ausgeschlossen werden.

Bamberg. Am 22. Februar gab Kollege Engert in unserer Generalversammlung den Jahresbericht. Auch unsere Baugewerkschaft litt unter der allgemeinen Krise sehr stark. Während die Facharbeiter noch einigermaßen beschäftigt waren, war unter den Hilfsarbeitern die Arbeitslosigkeit besonders groß. Im ländlichen Gebiet steht es ebenso. Kleine Krauter und Gemeinden nützen die Notlage der Bauarbeiter weidlich aus. Trotzdem die Wohnungsnot auch hier katastrophal ist, war die Baufähigkeit gering. Einige städtische Bauvorhaben sind sogar zurückgestellt worden. Am Schluß des Berichtsjahres hatten wir 1559 Mitglieder gegenüber 1616 Ende 1929. 53 Kollegen können auf 25 und mehr Jahre Mitgliedschaft zurückblicken. Das Andenken der durch Tod ausgeschiedenen Mitglieder wurde geehrt. Unsere Jugendabteilung mit ihren 72 Lehrlingen machte erfreuliche Fortschritte. Für die Hauptkasse wurden 52 941 M. eingenommen, die aber fast reiflos für Unterstufungen wieder ausgegeben wurden. Die Lokalkasse weist einen Bestand von 7516 M. aus. Dem Vorstand wurde einstimmig Entlastung erteilt. — Das Versammlungsleben war gut. Unsere Lichtbildervorträge fanden überall Anklang. Beim Arbeitsgericht wurden 17 Klagen anhängig gemacht, fünf Klagen mußten wir zurückziehen oder wurden zurückgewiesen; die herausgeholt Summe beträgt rund 5000 M. Es muß gewünscht werden, daß die Kollegen sich bei ihren Klagen mehr an die Tatsachen halten. Auch bei den Schlichtungsinstanzen ist unseren Kollegen oft zu ihrem Recht verholfen worden. Das Zusammenarbeiten der Baudelegierten mit der Baugewerkschaft war gut. Baudelegierte wurden von 178 Baustellen gemeldet. Von 40 Unfällen hatten 33 Erwerbsunfähigkeit und längere Krankheit zur Folge, zwei waren so schwerer Natur, daß die beiden Kollegen wohl dauernd invalide bleiben werden. Dem Bauarbeiterzuschuß muß also mehr Beachtung geschenkt werden. Bedauerlicherweise gaben viele Kollegen ihre Ferienansprüche preis. Die bisherigen Vorstandsmitglieder Engert, Hofmann und Laukemann wurden einstimmig wiedergewählt. — Bezirksleiter Kollege Merkel sprach sodann über die Tarifbewegung im Baugewerbe.

Bonn. In unserer Generalversammlung wurde zunächst bekanntgegeben, daß nur solche Vertreter stimmberchtig sind, die schriftlich anerkennen, keine auf Zerstörung des Bundes gerichteten Bestrebungen zu unterstützen, sie im Gegenteil zu bekämpfen. Zwei Vertreter aus Ahrenweiler weigerten sich, diese schriftliche Erklärung abzugeben. Sie konnten deshalb ihr Mandat nicht ausüben. Den Geschäftsbericht gab der Kollege Hopp. Er schilderte Ursachen und Art der großen Wirtschaftskrise. Die Arbeitslosigkeit unserer Mitglieder bewegte sich zwischen 53 und 82%, lag also weit über dem Reichsdurchschnitt. Trotzdem werden vielfach Berufsfremde den eigentlichen Bauarbeitern vorgezogen. Die Gesamtzahl der beschäftigten Bauarbeiter ist auch allgemein zurückgegangen. Es werden heute 26% weniger im Baugewerbe beschäftigt Arbeiter gezählt als im Jahre 1929. Von den beschäftigten Arbeitern waren 35% unorganisiert. Ein Zeichen, daß hier auf diesem Gebiet noch viel zu tun übrig bleibt. Die Baufähigkeit war weit geringer als im Jahre 1929. Auch die Bauvorhaben für 1931 sind noch gering. Die Löhne konnten überall gehalten werden, außer bei den

Lehrlingen im Stuck- und Fliesenhandwerk. Die Arbeitszeit wurde besser innegehalten als im Jahre zuvor. Durch 14 Anzeigen in dieser Richtung, die zur Verhängung von Strafmandaten führten, konnte der Einhaltung der Arbeitszeit Rechnung getragen werden. Die Bauarbeiterzuschußbestimmungen werden immer noch sehr mangelhaft beachtet. Die Aufsichtszorgane sorgen in mangelhafter Weise für die Befestigung von Mißständen. Vor den Arbeitsgerichten konnten für die Kollegen 3049,10 M. ausbezahlt werden. Auch die Behandlung der Streitfälle vor den Tarifinstanzen war sehr zahlreich. 27 199,55 M., etwa zwei Drittel der Hauptkasseneinnahme, wurden den Mitgliedern als Unterstützung wieder zurückgegeben. — Gewählt wurden: als Vorsitzender Kollege Alfons Nische, als Stellvertreter Heinrich Thomas, als Kassierer Heinrich Hopp, als Stellvertreter Christian Reim, als Schriftführer Jean Ahlfelder; als Beisitzer wurden gewählt die Kollegen Fischer, Giersberg und Heinrich Schwalb, als Revisor Wilhelm Esch. Von der sogenannten Opposition ist diesmal keiner in den Vorstand gewählt worden. Kollege Ahrens sprach noch über den Stand der Tarifverhandlungen.

Borna. In unserer Vertreterversammlung am 1. März gab Kollege Heinze den Jahresbericht. Er entwarf ein befriedigendes Bild. Waren im Jahre 1929 durchschnittlich 32,2% unserer Mitglieder arbeitslos, so stieg diese Ziffer im Berichtsjahr bereits auf 58,9% Jahresdurchschnitt. Nur sehr wenige Kollegen hatten das Glück, das ganze Jahr hindurch zu arbeiten. Unsere Mitgliederzahl ist von 1754 auf 1708 zurückgegangen. Für die Hauptkasse wurden 68 918 M. eingenommen und 68 353 M. ausgegeben, davon an Arbeitslosenunterstützung 40 376 M., Krankenunterstützung 5428 M., Invalidenunterstützung 2472 M. Dem Kassierer wurde einstimmig Entlastung erteilt, der Vorstand einstimmig wiedergewählt. Die Verwaltung mußte in 6 Fällen die Schlichtungskommission anrufen und 8mal den Ausschuß für Lehrlingsstreitigkeiten in Anspruch nehmen. Vor dem Arbeitsgericht wurden 21 Klagen durchgeführt, vor den Spruchauschüssen 5. Insgesamt wurden 2923 M. rückständiger Lohn eingeklagt. Das Versammlungsleben war sehr reger.

Buer i. Westf. In der Jahresversammlung am 22. Februar gab Kollege Frank den Geschäftsbericht. Die Baufähigkeit war im Jahre 1930 noch schlechter als 1929. Das wirkte sich auf die Arbeitslosigkeit so aus, daß im Jahresdurchschnitt 65% unserer Mitglieder arbeitslos waren, gegenüber 35% im Vorjahre und 17% im Jahre 1928. Heute beträgt die Arbeitslosigkeit 88%. Der Berichtsfasser sprach sodann eingehend über die Wohnungswirtschaft in unserem Gebiet. Auf die Bauarbeiterbewegung übergehend, konnte er feststellen, daß der Achtstundentag einigermaßen eingehalten worden ist. Soweit Wohlfahrtsarbeiter beschäftigt wurden, haben wir wiederholt festgestellt, daß nicht immer die entsprechenden Tariflöhne gezahlt wurden. Ohne Inanspruchnahme von Schlichtungsstellen und Arbeitsgerichten sind 139 Streitfälle erledigt worden. 32 Klagen, an denen insgesamt 42 Kollegen beteiligt waren mit einer Streitsumme von 3400 M., wurden in 57 Terminen erledigt, davon waren 26 Klagen für 35 Kollegen erfolgreich. Ausgeklagt wurden 1898 M. Alle Streitfälle in der Sozialversicherung sind mit Erfolg durchgeführt worden. Am Schluß des Berichtsjahres zählte unsere Baugewerkschaft 1001 Mitglieder, wovon 771 arbeitslos oder krank waren. Im letzten Viertel des Berichtsjahres wurden je Mitglied 3,1 Vollbeiträge und 7,9 Freimarken geleistet. Die Zahl der Unterstufungsempfänger betrug am Jahresluß 146. An Unterstufungen sind im Berichtsjahr 19 121 M. ausgezahlt worden. Das Organisationsleben war zufriedenstellend, das Versammlungsleben reger, der Besuch mäßig. Die Jahrsfeste Horst, die noch im ersten Halbjahr 1930 unser Schmerzenskind war, hat sich gut entwickelt. Mit allen denen, die wie die RGO, versuchen, die Einheit der Organisation zu fördern, wird kurzer Prozeß gemacht werden. — Die Aussprache war sehr sachlich und auf der Höhe. Auf Antrag der Zahlstellenleitung in Gladbeck wurden 7 Mitglieder und auf Antrag des Vorstandes 1 Mitglied in Westerbork wegen unbeschäftigter Tätigkeit im Sinne der RGO und KPD ausgeschlossen. In einer einstimmig angenommenen Entschließung verurteilt die Vertreterversammlung ganz entschieden die Bestrebungen der RGO und KPD und spricht dem Vorstand der Baugewerkschaft das Vertrauen aus. Die Mitglieder wurden aufgefordert, alles zu tun, was die Einheit unseres Bundes gewährleisten. Zur Durchführung dieser Ziele wurde dem Vorstand uneingeschränkte Vollmacht erteilt. — Die bisherigen Vorstandsmitglieder wurden bis auf den abwesenden stellvertretenden Vorsitzenden wiedergewählt. Als stellvertretender Vorsitzender wurde Kollege Fromme sen., Buer, gewählt.

Eisenach. In unserer Vertreterversammlung am 22. Februar gab, nachdem das Andenken der verstorbenen Kollegen geehrt war, Kollege Dörries den Geschäftsbericht. Im Berichtsjahr waren niemals unter 44% unserer Mitglieder arbeitslos, gegenwärtig sind es 78%. Diesem befriedigenden Bild entsprach auch der Kassierenbericht. Es wurden 27 049 Beitragsmarken umgelegt, von den Solidaritätsmarken sind nur ganze 103 abgesetzt worden, ein Ergebnis, das durchaus nicht befriedigt. Die Ausgaben der Bundeskasse überstiegen die Einnahmen um 8528 M. Für die Lokalkasse wurden 28 658 M. eingenommen und 13 731 M. ausgegeben. Es verbleibt somit ein Kassenbestand von 14 927 M. Die Mitgliederzahl ist um 49 zurückgegangen. — Dem Kassierer wurde einstimmig Entlastung erteilt. Anschließend gab der Jugendleiter Bär einen Bericht über den Stand der Jugendgruppe und wünschte besseres Zusammenarbeiten der älteren Kollegen mit den jugendlichen. Mit Ausnahme des Kollegen Heller, an dessen Stelle Kollege Leichmüller tritt, wurde der bisherige Vorstand wiedergewählt. Darauf sprach Kollege Meyer über die Ursachen der Wirtschaftskrise und berichtete über den Stand der Verhandlungen um einen neuen Reichstarifvertrag. Scharf wandte er sich gegen das verbrecherische Treiben der RGO.

Frankfurt/Main. (Zahlstelle Sandbach.) Am 15. März veranstalteten wir zu Ehren von acht Kollegen, die 25 Jahre Mitglied unseres Bundes sind, eine Jubilareife. Nach der Begrüßungsansprache des Kollegen Johannes Müller hielt Kollege Kriegl einen Lichtbildervortrag über den Aufbau des Baugewerksbundes. Anschließend ehrte Kriegl die Jubilare in einer Ansprache, in der er herzliche Worte des Dankes fand. Mit der Ueberreichung der Ehrenurkunde und der silbernen Bundesnadel wurde die schön verlaufene Feier beendet.

Freiberg i. Sa. Am 28. Februar hielt unsere Baugewerkschaft ihre Jahresversammlung ab. Nach der Ehrung der verstorbenen Mitglieder wurde der Geschäfts- und Kassenbericht gegeben. Ihm war zu entnehmen, daß trotz der großen Arbeitslosigkeit der Mitgliederstand, abgesehen von den durch Tod oder Abreise verursachten Abgängen, stabil geblieben ist. Einzelne Kollegen glauben aber, durch Betätigung in der Nazi-Partei ihren Interessen besser zu dienen. Wenn die Braunhemden gegen unsere Haltung verstoßen, schließen wir sie aus. Einer der Eifrigsten von ihnen, der Maurer Emil Schnell in Bräunsdorf, vergaß bei uns seiner Beitragspflicht zu gedenken; er ist gestrichen worden. Das Organisationsleben war besonders in den Fachgruppen der Ofenseher und in der Jugendgruppe sehr reger. Das neue Jahresprogramm der Jugend läßt erwarten, daß auch ferner erfolgreich für die Jugend gearbeitet wird. Die Kasse weist noch einen verhältnismäßig guten Bestand auf. Die bisherige Verwaltung wurde einstimmig wiedergewählt.

Gelsen. In der Generalversammlung wurde zunächst das Andenken der verstorbenen Kollegen geehrt. Darauf folgte der vom Kollegen Schubert erstellte Geschäftsbericht. Wie groß die Not der Bauarbeiter ist, zeigt die Tatsache, daß nicht weniger als 69 Kollegen im vergangenen Jahr keine einzige Stunde haben arbeiten können. Nur einem kleinen Teil war es möglich, 26 Wochen zu arbeiten und damit die Arbeitslosenunterstützung zu erwerben. Lohnkürzungsversuche der Unternehmer und Versuche, die Arbeitszeit zu verlängern, konnten abgewehrt werden, weil die Bauarbeiter sehr gut organisiert sind. In 39 Streitfällen wurden die Differenzen zugunsten unserer Kollegen erledigt. Die Lehrlinge haben bis auf einen Ferien erhalten; auch die Schulstunden wurden bezahlt. In einzelnen Gemeinden hat sich der Stand des Bauarbeiterzuschusses gebessert, aber es muß noch mehr getan werden. An Unterstufungen aller Art wurden 22 274,06 M. ausgezahlt. Unsere Baugewerkschaft ist ein Zuschußgebiet unseres Bundes; hoffen wir, daß es bald besser werden wird. Der Kassierer wurde einstimmig entlastet und der Vorstand einstimmig wiedergewählt. Darauf berichtete Kollege Leipzig über die Verhandlungen im Baugewerbe.

Glauchau. (Jahresbericht.) Aus unserem Kassenbericht war hervorzuheben, daß die gesamten Einnahmen im verfloßenen Geschäftsjahr 63 377,28 M. betrugen. Ausgegeben wurden insgesamt 63 386,96 M. Infolge der schlechten Wirtschaftslage benötigte die Baugewerkschaftskasse einen Zuschuß von 3 794,29 M. Am Jahresluß betrug der Mitgliederbestand 1056. Von 123 beim Arbeitsgericht eingereichten Klagen wurden 114 zugunsten der Kollegen erledigt. Die große Arbeitslosigkeit hat sich vor allem auch bei uns gerabuzt verheerend ausgewirkt. Durchschnittlich waren im verfloßenen Jahr 82% unserer Kollegen ohne Beschäftigung. — In unserer Vertreterversammlung wurde der Geschäftsführer Starke einstimmig entlastet. Erwähnt sei auch ein Vortrag des Kollegen Max Richter über den Stand des Bundes und der Bauwirtschaft. Die Aussprache hierüber war sehr lebhaft. Im neugewählten Vorstand fungieren: als Vorsitzender Bruno Siegel, als Stellvertreter Paul Vogel, als Kassierer Alfred Starke, als Stellvertreter Albert Jappe, als Schriftführer Kurt Haueisen, als Beisitzer Max Streubig, Ernst Richter, als Revisoren Albin Süß, Max Streubig, Oskar Köhler.

Ijehoe. In unserer Jahresversammlung am 22. Februar waren alle Zahlstellen mit Ausnahme von Hörnerkirchen vertreten. Der vom Geschäftsführer gegebene Bericht zeigte deutlich die Auswirkungen der furchtbaren Wirtschaftskrise. Durchschnittlich waren 36% unserer Mitglieder erwerbslos. Trotz der schwierigen Verhältnisse konnten durch ständige Zusammenarbeit der Vertrauensleute in den Zahlstellen mit dem Vorstand die Interessen der Mitglieder in jeder Hinsicht wahrgenommen werden. Einen schweren Stand hatten unsere Kollegen in ländlichen Nazi-Hochburgen. Hier wird von unseren Kollegen sehr viel Opfermut und Ueberzeugungstreue gefordert. Der Bauarbeiterzuschuß ist immer noch nicht so wie er sein sollte. Auch dem Baudelegiertenwesen muß mehr Beachtung geschenkt werden. Die Jugendarbeit war gut. Auch hier muß künftig von allen Kollegen kräftig mitgearbeitet werden. Für die Hauptkasse wurden 58 451,85 M. eingenommen und 54 536,40 M. ausgegeben. Die Lokalkasse hatte eine Einnahme von 17 779,50 M., dagegen eine Ausgabe von 17 278,58 M. Die Mitgliederzahl betrug zu Beginn des Berichtsjahres 1007 und am Schluß 1072. Dem Vorstand wurde Entlastung erteilt. Klagen aus dem Arbeitsverhältnis wurden 16 durchgeführt, davon 14 zugunsten unserer Kollegen mit einem Lohnbetrag von 1400 M. Als stellvertretender Vorsitzender wurde Kollege H. Prose, Wilster, gewählt, als Schriftführer W. Heins, Ijehoe.

Nittweida. (Jahreshauptversammlung.) Dem Bericht des Geschäftsführers Hempel ist zu entnehmen, daß die Arbeitslosigkeit im ganzen Jahr sehr schlecht war. Unsere Mitglieder haben durchschnittlich nur etwa 19 Wochen im Berichtsjahr gearbeitet. In der Ferienfrage steht es trostlos aus. Nur verhältnismäßig wenige Kollegen kamen in den Genuss von Ferien. Unsere Jugendabteilung befriedigt. Ihre Mitgliederzahl betrug am Jahresluß 74. Das Baudelegiertenwesen dagegen befriedigt nicht — haben wir doch im Berichtsjahr feststellen müssen, daß ein größerer Teil der Belegschaften keine Betriebsvertretung hatte. Durch diese Unterlassung machen sich die Mitglieder selbst rechtlos. Der entstehende Schaden für die betreffenden Belegschaften ist mitunter unberechenbar. Deshalb wählt auf jeder Arbeitsstelle Baudelegierte! Unsere Mitgliederzahl betrug am Schluß des Berichtsjahres 1080 gegen 1111 im Vorjahr. — Die Gesamteinnahme für die Hauptkasse betrug einschließlich eines Zuschusses von 28 837,15 M. aus der Bundeskasse 52 467,25 M. Für Unterstufung und Rechtschutz wurden ausgegeben 41 199,85 M. An die Bundeskasse konnten 9651,35 M. zurückgesandt werden. Die Baugewerkschaftskasse erzielte einschließlich eines Kassenbestandes von 9190,72 M. eine Einnahme von 20 489,75 M. Dieser stehen 16 666,05 M. Ausgabe gegenüber, es verbleibt ein Kassenbestand von 3 823,70 M. Dem Kassierer sowie dem Vorstand wurde einstimmig Entlastung erteilt. Die ausscheidenden Vorstandsmitglieder und Revisoren wurden einstimmig wiedergewählt.

Nordhausen. In unserer Jahresversammlung am 22. Februar fehlten die Vertreter von Heiligenstadt, Urbach, Neustadt und Steigerthal. Dem Jahresbericht des Kollegen Müller war zu entnehmen, daß bei uns die Baufähigkeit sehr schlecht war, am aller-

schlechtesten im Lohngebiet Sondershausen, wo im Jahresdurchschnitt unsere Mitglieder zu 80 % erwerbslos waren. Dies brachte uns einen Verlust von 53 Mitgliedern. Die Mitgliederzahl beträgt jetzt einschließlich 91 Lehrlinge 992. Der schlechten Bauqualität entsprechen auch die Kassenverhältnisse. Mit einem Lokalkassenbestand von 1454,55 M gingen wir in das Geschäftsjahr 1930 hinein, das uns eine Mehrausgabe von 787,44 M brachte. Für die Bundeskasse wurden 24 087,90 M eingenommen, demgegenüber befrugten die Ausgaben 29 140 M, also eine Mehrausgabe von 5052,10 M. Die Lohn- und Arbeitsbedingungen sind im großen und ganzen eingehalten worden. Es machten sich nur 6 Lohnklagen notwendig. Ferien haben im Jahre 1930 nur 146 Mitglieder bekommen. Leider gibt es immer noch Kollegen, die nicht den Mut aufbringen, vom Unternehmer ihre erworbenen Ferien zu verlangen. Nach unserer Juli-Statistik gibt es in unserem Gebiet noch 253 nichtorganisierte Bauarbeiter. Wenn es auch bis zu zwei Drittel sogenannte Notstandsarbeiter waren, so ist für unsere Funktionäre noch in allen Gebieten ein ergiebiger Arbeitsfeld vorhanden. Die Versammlungstätigkeit war sehr reger. Der Vorstand wurde wiedergewählt, lediglich der bisherige Vorsitzende und sein Stellvertreter wechselten ihre Ämter, damit dem jüngeren Kollegen mehr Gelegenheit gegeben ist, sich zu betätigen. Ein Antrag der Zahlstelle Sondershausen, den arbeitslosen Mitgliedern (außer Lehrlinge), die weder arbeitslos- noch Krisenunterstützung beziehen und auch bei der Bundesunterstützung ausgenommen sind, den Verwaltungsbeitrag von 10 % zu erlassen, wurde angenommen. Als Ausgleich dafür wurde ein Antrag angenommen, wonach die Bundesmitglieder (außer Lehrlinge) für die Zeit, wo sie vom Bunde Unterstützung beziehen, 50 % Verwaltungsbeitrag je Woche zu zahlen haben. Dieser Beschluß tritt am 1. April in Kraft. Angenommen wurde ferner ein Antrag der Zahlstelle Ellrich, der verlangt, daß die Mitglieder des Fabrikarbeiterverbandes, die seit Jahren als Maurer beschäftigt sind, zum Baugewerksbund überzutreten haben. Abgelehnt wurde der Antrag der Zahlstelle Weicherode, die Zahlstelle dem Ortsausschuß Weicherode anzugliedern, da nicht der Ortsausschuß Weicherode, sondern der von Sondershausen die Arbeit zu leisten hat und dafür auch die Unkosten zu tragen sind. Der Bauhilfsarbeiter Ludwig E n i c k e wurde wegen bundeswidrigen Verhaltens einstimmig ausgeschlossen.

Des I. Schief. An den preussischen Minister für Landwirtschaft, Dr. Steiger, hat der Vorsitzende unserer Baugewerkschaft am 25. März eine Beschwerde über das Gut Groß-Marchwitz, Kreis Rastow, der Gemeinnützigen Deutschen Ansiedlungsgesellschaft mbH, Berlin-Halensee, gehörig gerichtet, die folgenden Inhalt hat: „Zurzeit beginnen die Bauarbeiten der Siedlungen in Groß-Marchwitz. Als Organisationsleiter der Bauarbeiter fühlen wir uns verpflichtet, auch mit unseren auf den Baustellen beschäftigten Mitgliedern in Anbetracht des bevorstehenden Tarifabschlusses in einer Versammlung in Nähe der Baustellen zu sprechen. Da nur ein Saal im Orte vorhanden ist, und zwar der des Gasthauses, steht der Gem. Deutschen Ansiedlungsgesellschaft gehörig, hatte ich am Montag, dem 23. März 1931, in den Mittagsstunden mit dem Pächter dieses Gasthauses, Herrn Schiefack, eine Besprechung wegen Abgabe des Lokals für eine am Sonnabend, dem 28. März 1931, nachmittags 2 Uhr stattfindende Bauarbeiterversammlung. Das Lokal wurde uns verweigert mit dem Hinweis, daß der Gastwirt es nicht mit den Bauern des Dorfes verschmerzen wolle. Die Bauern dieses Dorfes sind sehr stark nationalstisch eingestellt und gleichfalls die Gutsangestellten. Am Mittwoch, den 25. März 1931, abends 8 Uhr, findet im gleichen Lokal eine öffentliche Versammlung der Nazis statt. Wir als Mitglieder des Deutschen Baugewerksbundes verteidigen den heutigen Staat, was hier im Osten nicht sehr leicht ist. Da nun dieses Gasthaus indirekt Eigentum des Staates ist, erheben wir als Staatsbürger den Anspruch, auch dieses Lokal als Versammlungsraum zu benutzen und ganz besonders für unsere rein gewerkschaftlichen Versammlungen, wo nur wirtschaftliche Fragen besprochen werden. Da uns dieses Lokal für Versammlungen verweigert wurde, erheben wir hiermit bei dem Herrn Minister Beschwerde und bitten, sie beschleunigt zu behandeln, damit wir dies Lokal in den nächsten Tagen für Versammlungen benutzen können.“

Seefen. (E. J. J. J.) Im Januar 1931 jährte sich zum 25. Male der Tag, an dem unser Kollege Wilhelm U h d e die Leitung und die Einkassierung der Zahlstelle Harriehausen übernahm. In den ersten Jahren seiner Tätigkeit war es für ihn sehr schwer, für unseren Bund zu werben. Nicht jeder schloß sich freiwillig der Organisation an. Aber Wilhelm U h d e ließ nicht nach, bis er den letzten Maurer seines Reviers der Organisation zugeführt hatte. Heute ist die Zahlstelle Harriehausen die Hauptstütze unserer Baugewerkschaft. Und Wilhelm U h d e hat immer noch Freude an der Organisationsarbeit. Möge sie ihm nie getrübt werden und er noch lange der Organisation erhalten bleiben. **Dieses ist der Wunsch seiner Organisation.**



Steinau/O. In unserer Generalversammlung am 22. Februar erläuterte zunächst der Kollege D e h m e l den Geschäfts- und Kassenbericht. Durch eine rege Tätigkeit der Funktionäre konnte der Mitgliederstand gehalten werden. Es ist gelungen, mit der Organisation auch im Tiefbaugewerbe mehr und mehr Fuß zu fassen. Die Arbeitslosigkeit war riesengroß. Für Unterstellungen wurden 17 215 M ausgezahlt. Unsere Baugewerkschaftskasse hatte am Jahresabschluss einen Bestand von 4321,35 M. Die Tätigkeit vor der Schlichtungskommission und den Arbeitsgerichten war sehr erheblich. 62 Streitfälle konnten durch die Schlichtungskommission beigelegt werden. Vor den Arbeitsgerichten wurden 39 Klagen geführt. Es gelang dabei, den Unternehmern 2009,88 M abzuknöpfen. Vor den Spruchauschüssen der Arbeitsämter konnten wir uns mit 38 Einsprüchen durchsetzen, auch in vier Berufungen vor der Spruchkammer. Nachdem die Oblenke der kleinen Fachgruppen über ihre Tätigkeit im verflochtenen Jahr berichtet, wurde dem Kollegen D e h m e l einstimmig Entlastung

erteilt. Die Vorstandswahl vollzog sich in glatter Weise. Unser Bezirksleiter, Kollege A r t h u r S c h m i d t, sprach dann über die Wirtschaftskrise und Organisationsfragen. Anträge wegen Abschaffung der Verwaltungsbeiträge und Unterstützung an Ausgesteuerte wurden abgelehnt. Nach begeisterten aufgenommenen Schlussworten der Kollegen D e h m e l und Fröhlich wurde dann die Versammlung geschlossen, um gemeinsam an dem Aufmarsch des Reichsbanners teilzunehmen.

Torgau. In unserer Vertreterversammlung am 22. Februar waren alle Zahlstellen vertreten. Zunächst wurde das Andenken der im verflochtenen Jahr verstorbenen Kollegen geehrt. Der Geschäftsbericht lag den Vertretern gedruckt vor und wurde durch einige Hinweise des Kollegen K a i s e r ergänzt. Die Krise hat sich auch in unserem Baugewerkschaftsgebiet stark ausgedehnt. Rund 45 % unserer Mitglieder waren im Sommer schon arbeitslos; im Januar 1931 stieg die Arbeitslosigkeit bis zu 95 %. Trotz der schlechten Arbeitsmarktlage wurde manches abgewehrt. Durch Eingreifen der Verwaltung bei den Unternehmern wurden Lohnabbauversuche verhindert. Für 18 Kollegen wurde die Summe von 568 M herausgeholt. Auch die Bestrebungen der R.G.O., die Baugewerkschaft unter K.P.D.-Aufsicht zu stellen und zu zerlegen, wurden abgewehrt, 6 Kollegen mußten deshalb aus der Baugewerkschaft entfernt werden. Heute steht die Baugewerkschaft wieder einig und geschlossen da. Der Mitgliederstand hat sich

Je mehr Mittel, je mehr Kraft!
Für die Woche vom 29. März bis 4. April ist der 14. Bundesbeitrag für 1931 zu zahlen.

durch einige Abgrenzungen aus Nachbarbaugewerkschaften von 861 auf 1162 erhöht. In Bundesunterstützung wurden insgesamt 25 817 M ausgezahlt. Die Ausgabe konnte durch die Einnahmen nicht gedeckt werden. Die Einnahme der Lokalkasse betrug 9713 M, die Ausgabe 11 204 M. Dem Geschäftsführer und dem Gesamtvorstand wurde einstimmig Entlastung erteilt. In der Besetzung des Vorstandes ist infolgedessen eine Veränderung eingetreten, daß Kollege S i e d e r zum Vorsitzenden gewählt wurde, trotzdem gegen die Tätigkeit des bisherigen Vorsitzenden nichts eingewandt wurde. — Kollege T h i e l e, Magdeburg, berichtete über die Verhandlungen um einen neuen Reichstarifvertrag. Beschlossen wurde, daß auch die neu hinzugekommenen Zahlstellen die Verwaltungsmarke vom 1. März zu entrichten haben.

Weißenfels. Unser diesjähriges Stiftungsfest, verbunden mit einer Jubiläumsfeier, wird am Sonnabend, dem 9. Mai, in Hermanns Garten abgehalten. Uebertritte von der Opposition unter voller Zurechnung der früheren Mitgliedschaft sind nur noch bis zum 15. April dieses Jahres möglich. Nach diesem Termin sind solche Uebertritte nur als Neuaufnahmen möglich.

Aus den Fachgruppen

Isolierer und Steinholzleger.

Verlängerung des Reichstarifvertrages. Die Geltungsdauer des Reichstarifvertrages für Steinholzarbeiter, der als Anhang des R.T.V. für das Hauptgewerbe am 31. März abläuft, ist um einen Monat, bis zum 30. April 1931 verlängert worden. Die Verhandlungen um einen Vertrag beginnen in der Woche vom 20. bis 25. April.

Leitergerüstbauer.

Essen. In unserer Generalversammlung am 16. März wurde, nachdem der Geschäftsbericht gegeben war, die bisherige Fachgruppenleitung einstimmig wiedergewählt. In die Bauarbeiterchulskommission wurde Kollege M ü h l e n g e w ä h l t. — Eine der rührigsten Firmen, die bei jeder Gelegenheit gegen den Tarifvertrag verstößt, ist die Firma T r i e b e l s e n. Wir sind der Meinung, daß bei Wechsel der Konjunktur Gleiches mit Gleichem vergolten wird. Alle baugewerblichen Arbeiter seien gebeten, an jeder Arbeitsstelle auch die gewerkschaftlichen Mitgliedsbücher der Leitergerüstbauer zu kontrollieren.

Töpfer und Fliesenleger.

Hamburg. In der Töpferversammlung am 25. Februar gab Kollege R e n n e r den Jahresbericht. Danach ist im verflochtenen Jahre die Arbeitslosigkeit gegenüber dem Vorjahre weiter gestiegen. Zur Zeit sind etwa 80 % unserer Kollegen arbeitslos. — Der Versammlungsbesuch stieg im Berichtsjahr zu wünschigen übrig. Der Mitgliederbestand betrug 208. Für das Jahr 1931 sind die Aussichten sehr trübe. Zum Obmann wurde Kollege Renner gewählt. Stellvertreter ist G a n s c h o w, Schriftführer G o t t. In die Lohnkommission wurden gewählt: G a n s c h o w, S u b r, J a k o b i und N e v e r m a n n. Erklärte sind W i l l i W a h r und G o t t. — In Hamburg ist eine heiztechnische Kommission ins Leben gerufen worden, die u. a. sachtechnische und Lichtbildvorträge halten lassen will. — Die für das Wohl der Bevölkerung in wärmetechnischer Hinsicht besorgten Kreise rufen auch in diesem Jahre unter Führung der hiesigen Heiz-Feuertechnischen Vereinigung E. V. zu einer gemeinschaftlichen Tagung. Die 2. Hamburger Heiztechnische Tagung soll am 20. April in der Aula der technischen Staatslehranstalten beginnen und am 21. April im Gewerbehause fortgesetzt werden. Sie wird Vorträge über Wirtschaftlichkeit und Hygiene unserer Heizungen und über technische Probleme wie Schornsteinbau u. dgl. aus beruflichem Munde bringen.

Aus der Bauarbeiter-Internationale

Internationale Bildungsarbeit.

(B.-I.) Die Bildungsmaßnahmen in den der Bauarbeiter-Internationale angeschlossenen Organisationen zur Heranbildung junger Gewerkschaftsfunktionäre haben sich vermehrt. In Holland, Oesterreich und Deutschland haben bisher, neben Einzelvorträgen und Veröffentlichungen von Schriften, Kurse für junge Gewerkschaftsmitglieder stattgefunden. Das ist erfreulich, denn gerade

die junge Generation muß planmäßig in die gewerkschaftliche Arbeit eingeführt werden. Die gewerkschaftlichen Aufgaben in allen Ländern sind so gewachsen, daß es nicht mehr möglich ist, ohne systematisch erworbene Kenntnisse planvolle gewerkschaftliche Arbeit zu leisten.

Holland. Im Februar 1931 veranstaltete der Allgemeine Nederlandsche Bouwarbeidersbond im Troelstra-Haus eine Schulungswoche für seine jungen Mitglieder. Vertreten waren auf der Schulungswoche 40 junge Kollegen und 9 Jugendleiter. Zweck des Kurses war, die jungen Kollegen mit dem Werden der Gewerkschaft und mit ihren Aufgaben vertraut zu machen. Die Kollegen lebten während des Kurses im Troelstra-Haus. Der Verlauf der Schulungswoche war gut. Die Ergebnisse werden sich später in der Bundesarbeit bemerkbar machen.

Oesterreich. Die Oesterreichische Baugewerkschaft hat im Winter 1930/31 zwei Kurse abgehalten. Der eine Kurs diente zur Heranbildung junger, in der Jugendarbeit tätiger Funktionäre, der zweite Kurs diente zur Heranbildung von älteren Helfern in der Jugendarbeit. Jeder Kurs dauerte 14 Tage. Während der Kurse waren Besichtigungen, Besuche von Theateraufführungen und Übungen in der Vorführung von Lichtbildern und Filmen. Die beiden Kurse waren, ebenso wie die früher schon veranstalteten, ein schöner Erfolg auf dem Gebiete gewerkschaftlicher Bildungsarbeit.

Deutschland. Der Zentralverband der Dachdecker hat bisher in jedem Jahr einen Kurs für Lehrlinge mit gutem Erfolg abgehalten. Während des Kurses wurde fachlicher und gewerkschaftlicher Unterricht erteilt. Der Zentralverband der Zimmerer hat seine Jugendleiter zu einem Kursus zusammengekommen, um ihnen für die Leitung der Jugendabteilungen Kenntnisse zu vermitteln. Der Deutsche Baugewerksbund hat für seine jungen Mitglieder und für die Jugendleiter Kurse eingerichtet, die die Förderung eines guten Nachwuchses in der Bewegung bezwecken.

Aus der Sozialen Bauwirtschaft

Robert Lauß 60 Jahre alt. Am 16. März wurde Robert Lauß, der langjährige Schrift- und Verlagsleiter der „Sozialen Bauwirtschaft“, 60 Jahre alt. Von Beruf Buchdrucker, arbeitet er seit Schaffung der Zeitschrift des DGB im November 1920 mit ungewöhnlichem Fleiß und nie verlagender Hingabe am Aufbau unserer Bewegung. Ein Idealist, der an sich selbst stets zuletzt denkt und der in der Bauhüttenbewegung das wirkungsvollste Werkzeug zur wirtschaftlichen Erlösung der Arbeiterchaft aus den Fesseln des Kapitalismus sieht, ist er zur Förderung des Gemeinwirtschaftsgedankens besonders berufen. — Robert Lauß ist trotz seiner 60 Jahre geistig frisch und jung geblieben. Mögen dem auch allezeit lebenswürdigen Kollegen noch viele Jahre beschieden sein, die soziale Baubewegung wachsen und blühen zu sehen.

Gedenktafel verstorbener Mitglieder.

- Aue. (Schwarzenberg.) Franz G ü r a, Maur., 41 Jahre.
- Bayreuth. Wolfgang B a t e r l e i n, Maurer, 61 Jahre.
- Crimmitschau. Herbert Schmidt, Maurerlehrl., 16 J.
- Danzig. Hans K w i a k o w s k i, Maurer, 24 Jahre alt.
- Bruno R a d o t z k i, Maurer, 53 Jahre alt.
- Dresden. Hermann B ü t t n e r, Maurer, 71 Jahre alt.
- Reinhard H e n n i g, Hilfsarbeiter, 36 Jahre alt.
- (Pöschappel.) Ernst L o h s e, Maurer, 76 Jahre alt.
- (Rähnitz-Hellerau.) Ernst H a r t m a n n, Maur., 57 J.
- Eulin. August K r e i d e, Maurer, 92 Jahre alt.
- Frankfurt/M. (Hanau.) August G ö d d e, Maur., 60 J.
- (Diegenbach.) Jakob K e i m, Maurer, 48 Jahre alt.
- Freiberg i. S. (Oberjagde.) Richard N o b i s, Ofenl., 44 J.
- Gelenau. Robert M ü l l e r, Maurer, 75 Jahre alt.
- Göppingen. Rudolf B ö h r i n g e r, Hilfsarbeit., 67 Jahre.
- Karl K ö t z l e, Maurer, 57 Jahre alt.
- Güstrow. Fritz B u r m e i s t e r, Maurer, 70 Jahre alt.
- Hamburg. Hans B o r n h o l d t, Hilfsarbeiter, 37 Jahre.
- Jakob G o r s k i, Hilfsarbeiter, 84 Jahre alt.
- Hans G r a a k, Hilfsarbeiter, 26 Jahre alt.
- Wilhelm G r i e m, Maurer, 43 Jahre alt.
- Rud. H e l l e n b r o i c h, Maurer, 43 Jahre alt.
- Karl L i p p e r t, Hilfsarbeiter, 80 Jahre alt.
- Fr. S a d e w a t e r, Wächter, 67 Jahre alt.
- Friedrich S c h u l z e, Maurer, 57 Jahre alt.
- Johann S t e i n h a r t, Plattenanleger, 45 Jahre alt.
- Franz T o m a s c h e w s k i, Stukkateur, 49 Jahre alt.
- Heinrich V o g l e r, Bau-Werkmeister, 63 Jahre alt.
- Heinrich W i l l e r t, Maurer, 38 Jahre alt.
- Karlruhe. (Borch.) Philipp S t e i n e r, Maurer, 55 J.
- (Daylanden.) Ferdinand W e i c k, Maur., 51 Jahre.
- (Wischbach.) Joseph W i p p e r t, Maurer, 45 Jahre.
- Königsberg i. Pr. Heinrich K ä h l e r, Hilfsarb., 67 J.
- Leipzig. Gustav F i s c h e r, Altpfalter, 67 Jahre alt.
- Otto S c h e i b e, Maurer, 55 Jahre alt.
- Karl T e i c h m a n n, Maurer, 52 Jahre alt.
- Magdeburg. (Gr. Altersleben.) Ernst D a n k e r t, M., 24 J.
- München. (Au.) Peter G r a d l, Hilfsarbeiter, 51 Jahre.
- (Basing.) Andreas K r e b e r, Hilfsarbeiter, 61 Jahre.
- Neubrandenburg. Rudolf E n g e l, Maurer, 78 Jahre alt.
- Gustav K o n r a d, Maurer, 47 Jahre alt.
- Franz R ö h l, Hilfsarbeiter, 37 Jahre alt.
- Ostrosnit. (Dobroslawitz.) Kornel K u b a n e k, M., 31 J.
- Adolf P a n e k, Maurer-Polier, 67 Jahre alt.
- Max W a w r z i n e k, Maurerlehrling, 23 Jahre alt.
- Plauen/Vogtl. Ernst F r ö h l i c h, Maurer, 35 Jahre alt.
- (Groß-Friesen.) Hermann G r ö t z s c h, Maur., 55 J.
- Johann W i t t e r, Maurer, 61 Jahre alt.
- Reichenbach/Eulengeb. Gustav W ü c k l e r, Maur., 57 J.
- Senftenberg. (Altdöbern.) Herb. S c h m i d t, Maurerl., 16 J.
- Siegen. (Oberndorf.) Walter M a r x, Maurer, 21 Jahre.
- Wiesbaden. (Riedrich-Rhg.) Andr. K r o n e b e r g e r, M., 55.
- Woldenberg. August B u s s e, Maurer, 55 Jahre alt.
- Würzburg. Georg W e i d n e r, Fliesenleger, 51 Jahre.
- Zwickau. Walter H e r r m a n n, Hilfsarbeit., 22 Jahre.

Ehre ihrem Andenken!

Allgemeine Rundschau

Hermann Müllers letzter Weg führte von seiner Hauptarbeitsstätte, dem Parfaihaus in der Lindenstraße, durch die Wilhelmstraße, vorbei an der Reichskanzlei, wo der jetzt amtierende Reichskanzler im Namen der Regierung sprach und wo Hermann Müller noch im vorigen Jahre seines Amtes als Kanzler walte. Weiter durch das Brandenburger Tor am Reichstagsgebäude vorbei, wo Präsident Lohde ihm den letzten Gruß der deutschen Volksvertretung nachrief. Hermann Müllers letzter Weg war eine der gewaltigsten Trauerkundgebungen der Berliner Arbeiterschaft. Viele Zehntausende folgten seinem Sarg, Hunderttausende grüßten im Spalier den Toten von beiden Seiten des Trauerweges, der hinauf bis in den hohen Norden Berlins, zum Krematorium führte. Die Reichsregierung und sämtliche Spitzenkörperschaften der deutschen und der internationalen Arbeiterbewegung, der Konjunktionsgenossenschafts-, sowie anderer Wirtschafts- und Kulturorganisationen waren durch Delegationen vertreten. Unendlich groß war die Zahl der Blumenpenden, unter denen sich auch ein prachtvoller Kranz des Deutschen Baugewerksbundes befand, dessen Schleifen die Inschrift trugen: „Dem Führer unserer politischen Partei. — Die im Baugewerkbund vereinigen deutschen Bauarbeiter.“ Auch die am selben Tage im Gebäude des Reichsarbeitsministeriums in der Schornhorststraße, durch die Hermann Müllers letzte Fahrt ebenfalls ging, versammelten Funktionäre der freigewerkschaftlichen deutschen Bauarbeiter haben dem Führer der Deutschen Sozialdemokratie einen Kranz gestiftet: „Wir grüßen unseren politischen Führer auf seiner letzten Fahrt! — Die Funktionäre der freigewerkschaftlichen deutschen Bauarbeiter bei den Verhandlungen der Zentralen Lohnschiedsstelle.“ Unterschriften: Deutscher Baugewerksbund, A. Bernhardt, Zentralverband der Zimmerer, Wilhelm Wolgast, Zentralverband der Maschinisten und Heizer, Ruckstuhl. — So haben die freigewerkschaftlich organisierten Bauarbeiter des toten Führers gedacht, dessen Verdienste u. a. Otto Weis, Wandervogel, Breitfeld und Leon Blum in ergreifenden Ansprachen würdigten, die zugleich ein erhebendes Treuegelübde waren.

Weiterer Rückgang des Zementabfahes. Im Februar ist mit einem Zementabfah von 162 000 Tonnen der Januar-

abfah, der mit 164 000 Tonnen bereits eine Halbierung gegenüber dem Vorjahre darstellte, noch unterschritten worden.

Submissionsblüte. Eine ganz besonders übelduftende Submissionsblüte wurde kürzlich in Wilhelmshaven entdeckt. Von der Reichs-Marinewerft wurden die Kamm-, Erd- und Eisenbetonarbeiten für den Neubau einer Schiffbauwerkstatt ausgeschrieben. Dafür wurden insgesamt 43 Angebote, und zwar 10 von hiesigen und 33 von auswärtigen Firmen abgegeben. Während die Firma Johannes Georg Müller, Altona, für die Arbeiten die Summe von 53 665,95 M. forderte, erbot sich die Firma Johannes Buschmann, Wilhelmshaven, dieselben Arbeiten für sage und schreibe 19 101,00 M. auszuführen. Die übrigen Angebote bewegten sich zwischen diesen Beträgen. Der Unterschied zwischen dem Höchst- und dem Niedrigstangebot betrug demnach nicht weniger als 34 564,95 M., oder das Höchstangebot ist um 280 % höher als das Niedrigstangebot. Den Zuschlag erhielt der mindschaffendste Unternehmer Buschmann. Kommentar zu diesen Rechenkünftchen überflüssig!

Bücher u. Schriften

Juden ohne Geld. Von Michael Gold. Neuer Aufbau Verlag, Berlin W 8, Wilhelmstr. 48. Preis kart. 4 M., gebunden 8 M. — New York ist ein Kaufstraßen, sagt Michael Gold, aber die Gasse New York, deren unheimliches Leben und Kreieren er schildert, das Viertel um die berühmte Bowery herum, ist die Hölle selbst. Es wird bemerkt von Armen und Elenden, vom Leben geschlagenen und verzweifelt gegen den Untergang kämpfenden Proletariats, von Juden, Italienern, Polen, Deutschen, Iren, von Menschen aller Hautfarben und Religionen. Juden ohne Geld, das ist die Familie des Anstreichers Gold, der Geltsals Fyfa, der Strach Mendel, der Musiker Moskowitz, der Blinde Motke und die namenlose Masse der sich ehrsüchtig durchs Leben schlagenen Einwanderer. Dies Leben schildert Michael Gold, dessen Buch ein grauames Buch ist, aber auch ein Buch der Liebe und Verbundenheit mit den Verarmten der Armen, ein Buch, gefüllt mit hochbeweislichem Del.

Worrels Dauernde Gesetzesammlung. Band „Arbeitsrecht“. Von Dr. Franz Goerzig. Erschienen Folge 9. Preis mit dem vollständigen Werk 12,50 M. Verlag Friedrich W. Vorbel, Leipzig C 1, Köhligstr. 26b. — Die 9. Folge dieser Erschließung enthält unter anderem die durch die Verordnung des Reichspräsidenten zur Sicherung von Wirtschaft und Finanzen am 1. Dezember getroffenen umfangreichen Bestimmungen.

Das Nachtbadverbot und sein Einfluss auf die wirtschaftlichen und sozialen Verhältnisse im Bäckergewerbe. Herausgegeben vom Verband der Bäckergewerkschaften und Getreidearbeiter, Berlin SW 40, Reichsplatz 8. — In seiner Sitzung vom 14. Dezember 1930 hat der Bundesausschuss des DGBB. zur Nacharbeit in den Bäckereien und Konditoreien Stellung genommen. Diese Broschüre enthält die vom Verband der Bäckergewerkschaften und Getreidearbeiter an das Reichsarbeitsministerium gerichtete Denkschrift.

Mitteilungen für Betriebskrankenkassen. Erster Jahrgang. Verlag Otto Bille, Berlin N 4, Flugstr. 15. Bezugspreis vierteljährlich 1,25 M. — Die Zeitschrift erscheint seit Oktober v. J. und ist als Bindeglied der Organe der deutschen Betriebskrankenkassen gebacht. Zugleich will es die Mitglieder und Angestellten der Betriebskrankenkassen mit dem einschlägigen Rechtsstoff durch Abhandlungen bekannter Sozialpolitischer bekanntmachen.

„Gesundheit“. Zeitschrift für gesundheitsliche Lebensführung des berufstätigen Volkes. Herausgeber: Saupferband deutscher Krankenkassen e. V., Berlin-Charlottenburg, Berliner Str. 197. „Der Benz ist da“, verkündet die „Gesundheit“, diese an den Reifejahren des Volkes verteilte Zeitschrift für gesundheitsliche Lebensführung des berufstätigen Volkes. „Die Wäzerevolution der Seele“ umfasst die physischen Freuden und Leiden der so viel beangenehten Gegenwart, während sich ein Artikel über den „Schmerz“ mit den körperlichen Unannehmlichkeiten beschäftigt. Andere aktuelle Aufsätze folgen.

Abwasser-Sanitär-Anlagen. Sandbuch zum Studium und Zeitfaden für den Entwurf nebst amtlichen Richtlinien der Länder Preußen, Bayern, Sachsen und Baden über Sanitär-Anlagen. Von Dr.-Ing. Wilhelm Tschner. Verlag Wilhelm Ernst & Sohn, Berlin W 8, Wilhelmstr. 90. Preis geb. 6,50 M., geb. 7,40 M. — In dem Buch werden behandelt die für die Abwasser-Sanierung und Reinigung angewandten Verfahren im allgemeinen, die Bemessung für Sanitär-Anlagen mitgeteilt, worauf dann sehr eingehend die Systeme der Abwasser-Sanitär-Anlage dargestellt werden.

Arbeiterport. Von Fritz Wildung. Mit vielen Bildern und Sportaufnahmen auf Kunstdruckpapier. Gullisen Verlag: Der Bildersport. G. m. b. H., Berlin SW 61. Preis 4,80 M. Freude am Werk spricht aus diesen Buch. Niemand könnte so fasslich und klar und für die Jugend besonders wertvoll schreiben wie Wildung. Er schildert in seinem Buch das Werden, den Umfang und die vielfältige Leistung der Arbeiterportler. Das Buch bietet auch dem, der nicht unmittelbar in der Arbeiterportbewegung steht, einen wertvollen Ueberblick. Vor allem dürfte auch in seiner Wildung ein großes Lebenswert eines Mannes stehen, der sich um die Entwicklung der sozialistischen Kräfte so große Verdienste erworben hat.

Reise ins asiatische Sumo. Von Otto Mändchen-Helfen. Gullisen. Mit 28 Photographien. Einbanddruck und typographische Ausstattung von Jan Gutschold, München. Verlag: Der Bildersport. G. m. b. H., Berlin SW 61. Preis 4,80 M. Schon Titel und Einband locken. Das geheimnisvolle, unruhige Asien ist ja auf eine unwiderstehliche Anziehungskraft aus. Dr. Otto Mändchen-Helfen wurde 1927 Leiter der Soziologischen Abteilung des Marx-Engels-Institutes in Moskau. Als davon gesprochen wird, eine wirtschaftliche Studienkommission nach dem hermetisch abgeschlossenen Sumo zu entsenden, bemüht sich Mändchen mit aller Energie, daran als Völkerkundler teilnehmen zu können. Unendliche Schwierigkeiten erheben sich. Schließlich erhält er 1929 Genehmigung und Reisepaß. Im Sommer und Herbst 1929 durchfährt er Sumo und kehrt nach München zurück, um es bald darauf zu verlassen. Der ursprüngliche Zweck der Forschungsreise waren religionswissenschaftliche Studien. Außerdem wollte Mändchen sich der Umkreis seiner Beobachtungen. So geht Sumo auch der Inhalt seines Reisebuches weit darüber hinaus. Er stellt in ihm Sumo, ein Land von der Größe eines Drittels von Deutschland, von allen Seiten dar. Er gibt eine vollständige Aufnahme des Landes, von Wirtschaft, Gesellschaft, Religion und Geschichte. Den Ausgangspunkt bildet dabei immer, was er auf seiner Reise gesehen und erlebt hat. Der Stil des Werkes ist äußerst lebendig; bei aller Wissenschaftlichkeit vermeidet es geschicht trodene Fachsprache.

„Die Arbeit“. Zeitschrift für Gewerkschaftspolitik und Wirtschaftskunde. Herausgeber Theodor Leipart, Verlagsgesellschaft DGBB., Berlin.

Beachtenswerte ärztliche Erfolge bei Arterienverkalkung

wurden von Keilsart Dr. med. Silberstein-Wien erzielt, welcher den in dem bekannten Serbaria-Ärztterparadies, Philippshaus hergestellten Serbaria-Ärztterparadies-Ärztterparadies Nr. 4 seit einem Jahr in einer Reihe von schweren und schweren Erkrankungen an Arterienverkalkung bei verschiedenen Altersstufen angewendet. Diese Anwendung ist das Ergebnis einer langjährigen Forschung und bewirkt gesteigerten Stoffwechsel, Erhöhung der biologischen Leistungen der Körperzellen, Förderung der Bindegewebsbildung und der Zirkulation, rascher Durchblutung der Adern, Auflösung und Ausscheidung harnsaurer Salze, Abbauung der mürben Gefäßwand, auffallend schnelle Herabsetzung

des erhöhten Blutdruckes zur Norm, Steigerung der Phagocytose, vermehrte Produktion von Immunsubstanzen, schnelle Zunahme der roten und weißen Blutkörperchen, Erhöhung des Saemoglobingehaltes. Alle Personen, bei denen sich die Vorboten der Arterienverkalkung (Kopfschmerzen, Schwindelgefühl, Ohrensausen, Begehrtheit, Kopfdruck, Herzbeschwerden, Angstgefühl, erhöhte Nervosität und sonstige Alterserscheinungen) einstellen, sollten längere Zeit hindurch diesen Spezial-Ärztterparadies trinken. Preis per Paket 8.— M. (bei 6 Pak. 1 Gratis-Paket). Die gleiche Ärztterparadies wird auch in folgenden Vertriebsstellen geliefert als:

Ärztterparadies Nr. 4 zum Verzehren in Wasser. Packung 8.— M.
 Ärztterparadies Nr. 4 mit gemahlener Zementung gefüllte angebunden einzelnverpackte Obolientabletten, bester Vertriebsform, hochwirksam. Originalpack. 4,50 M., Kleinpack. 8.— M.
 Ärztterparadies Nr. 4, aus der gemahlener Zementung hergestellte kleine Tabletten ohne chem. Zusätze, ebenfalls sehr beliebt und überall bequem einzunehmen. Schachtel mit 200 Tabletten 8.— M.

Ärztterparadies Nr. 4, aus den frischen (grünen) Ärzttern auf kaltem Wege gepresster Saft mit dem vollen Vitamin- und Nährstoffgehalt der frischen Pflanzen, daher hochwirksam. Flasche 8.— M.

Durch diese neuartigen Vertriebsformen ist auch denjenigen Kranken Gelegenheit geboten, eine wirksame Ärztterparadies durchzuführen, welche aus nicht gerne trinken oder beruflich verhindert sind, Ärztterparadies regelmäßig zuzubereiten. Unsere Ärztterparadies sind nur in Apotheken erhältlich.

Vertriebsstellen: Serbaria-Ärztterparadies, Philippshaus 306 (Waben). Bei direkter Bestellung an uns erfolgt Versand durch die zuständige Versand-Apothek. (Güte ab 8 Flaschen, alle anderen Präparate ab 5.— M. franko.) Auf 6 Packungen geben wir eine Gratispackung. Unsere Broschüre: „Die Heilkraft der Ärztterparadies“ mit dem Wabener Bild zur Therapie der Arterienverkalkung von Keilsart Dr. med. Silberstein liegen mit jeder Bestellung gratis bei, und wird auch ohne Bestellung kostenlos geliefert.

Zieh. 15. b. 22. April
Volkswohl-Lotterie
 51178 Gew. u. 2 Präm.
465 000
 150 000
 100 000
 Doppellos 2.—
 Porto u. Liste 35 Pf.
 Auch unter Nachn.
Georg Binder
 Bankhaus Hamburg
 Große Bleichen 3
 P.-Sch. Hamb. 59549

Das Bundesmitgliedsbuch gehört in die Buchtasche
 Zu haben bei den Baugewerkschaftsvorständen (F)

Maurerhosen!
 Zweifach 5.— M. u. 6.— M.
 Dreifach 10.— M. u. 12.— M.
 13.— M. sendet nach Maß
Hoffeldt,
 Dresden 6, Ritterstr. 2.

Wer flug ist, kauft bei Uhren-Kloie!
 Retlamepreis
 Nr. 4.— Wtl.
 51178 Gew. u. 2 Präm.
 465 000
 150 000
 100 000
 Doppellos 2.—
 Porto u. Liste 35 Pf.
 Auch unter Nachn.
Georg Binder
 Bankhaus Hamburg
 Große Bleichen 3
 P.-Sch. Hamb. 59549

Billige böhm. Bettfedern!
 1 Pfund graue, gute, geschlossene 80 Pf.,
 1 Mk., halbweiße 1,20 Mk., 1,40 Mk., weiße
 flaumige, geschl. 1,70 Mk., 2 Mk., 2,50 Mk.,
 3 Mk.; feinste, geschl. Halbflaum-Herr-
 schaftsfedern 4.—, 5.—, 6.— Mk.; 1 Pfund
 Rupffedern, ungeschl. mit Flaum ge-
 mengt, halbweiße 1,75, weiße 2,40, 3.— Mk., allerfeinster
 Flaumrupf 3,50 Mk., 4,50 Mk. Versand zollfrei gegen Nach-
 nahme, von 10 Pfund an franko, Umtausch gestattet,
 für Nichtpassendes Geld retour, Muster und Preisl. gratis.
 S. Benisch in Prag XII, Amerika ulice Nr. 33, Böhmen.

Togal
 unübertroffen bei
**Rheuma / Gicht
 Kopfschmerzen**
 Ischias, Hexenschuss u. Erkältungs-
 krankheiten. Entfernt d. Harnsäure!
 6000 Ärztegutachten! Vollkommen
 unschädlich. Fragen Sie Ihren Arzt.

Radikaler Preisabbau!
 Radikaler Preisabbau!
 Radikaler Preisabbau!
 Radikaler Preisabbau!

Tod oder Zuchthaus
 bedroht jede Frau, die die Folgen ihres Verfalls zu bestreiten sucht. Der bekannte Frauenarzt Dr. med. Jolländer gibt in seinem Buche „Vorbereitung der Empfängnis und Verhütung der Schwangerschaft“, dazu „Hygiene der Ehe und der Gitterwochen“ von Dr. med. Jitel wertvolle Ratschläge. Ein für Ehe- und Brautleute unentbehrlicher täglicher Führer. Beide Bde. nur 3.80 M. Schonen Sie die kleine Ausgabe nicht, sie macht sich bezahlt. Nur zu beziehen durch den Buchverlag W. Brill, Abt. 69 Berlin-Charlottenburg 4, Schlegelstr.

Reelle Bezugsquelle! Neue Gänsefedern
 von der Gans gerupft mit Daunen, dopp. gereinigt, allerbeste Qualität Pfd. 3.—, nur kleine Federn (Halbdaun.) 4.50, Daunen 6.25, gereinigte, gerissene Federn mit Daunen 3.50 u. 4.75, hochpr. 5.75, allert. 7.—, 1a Volldaunen 9.— u. 10.—. Für reelle, staubfr. Ware Garant. — Versand gegen Nachnahme, ab 5 Pfd. portofrei. Nichtgef. nehme auf meine Kosten zurück. **Willy Manteuffel**, Gänsefedern, gegr. 1852, Neutrebbin 3b (Oderbr.) Aeltestes u. größtes Bettfedernverandgeschäft des Oderbruchs.

100 000 zufriedene u. dankbare Kunden!

Edelton
 Die Spitzenleistung der deutsch. Schreibmaschinen-Industrie
 Tonwiedergabe in höchster Vollendung
 Preis ab Fabrik nur 78.— Mk. 1 Jahr Garantie.
 Feinst. Doppelfederschneckenwerk
 Ohne Anzahlung 2.— Mark Wochenrate
 Rücksendungsrecht innerh. 8 Täg.
 Schreibmaschinen-Fabrik „EDELTON“
 Schallplatten Berlin N 65, Lynenstr. 5-6
 (Wilmersdorf) gr. Auswahl, beste Qualität
 Jetzt 10% billiger! 1 Zehlw. Frap. 88 Gramm u. franko.

Josef Witt, Weiden 54 Oberpfalz.
 Größtes Baumwollwebwaren-Spezialversandhaus der Ari Europas mit eigenen Webwaren-Fabriken.
 gibt wie folgt ab:
 Ueber 2000 Arbeiter und Angestellte.

Nr. 1	Weißes Hemdentuch schwere, gute, sehr haltbare Sorte, für starke Wäschestücke, 80 cm breit, per Meter	-.28
Nr. 2	Vorhangstoff sog. Gardinen, mit echt indanthronfarbigen Streifenmustern 70 cm breit, per Meter	-.19
Nr. 3	Hemdenflanell etwas leichte Gebrauchsware, indanthronfarbig gestreift 70 cm breit, per Meter	-.23
Nr. 4	Hemdenflanell fast unzerreißbare, kräftige strapazierbare Qualität, echt indanthronfarbig gestreift, 74 cm breit, per Meter	-.39
Nr. 5	Stuhltuch auch Haustuch genannt, weiß, sehr dicht geschlossene, starke Qualität, für bessere, strapazierb. Betttücher, 150 cm br., p. Mtr.	1.15
Nr. 6	Handtücher strapazierbare, haltbare Qualität, weiß nicht vollkommen gleichmäßig. Verkauf nach Gewicht per Pfund	1.25
Nr. 7	Strickwolle garantiert reine Wolle, solide, strapazierbare Qualität, lieferbar in schwarz per Pfund	1.95

Diese Preise haben nur solange Gültigkeit, bis ein neues Inserat mit anderen Preisen erscheint.
 Abgabe von jedem Artikel bis 100 Meter bzw. 10 Pfund. — Versand von Mk. 10.— an; ab Mk. 20.— portofrei.
 Nichtentsprechendes wird auf meine Kosten zurückgenommen und der volle ausgelegte Betrag zurückbezahlt.